Morgenausgabe
Nr. 235 / A 119 — 49. Jahrgang

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3.25 M. (davon 67 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3.97 M. einschließlich 60 Pf. Zeitungs- und 72 Pf. Postbestellgeld. Auslandsabonnement 5.65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4.65 M.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend
21. Mai 1932

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Millimeterzeile 80 Pf. Reklamezeile 2.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt lt. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 35 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/66.

Japan muß Frieden halten!

Klare Vorschläge der Internationale.

Zürich, 20. Mai. (Eigenbericht.)

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale beendete heute ihre Beratung. An der heutigen Sitzung nahm auch Breitscheid teil. Nach sehr eingehender Debatte, in der Crispien für die deutsche Delegation sprach, wurde eine Entschließung über die Lage im Fernen Osten und die Kriegsgefahr an den Grenzen der Sowjetunion gefaßt.

Darin heißt es:

„Die Internationale stellt fest, daß die Nachgiebigkeit und die Mitschuld einer Anzahl Großmächte Japan die Möglichkeit geboten hat, sich den Verpflichtungen zu entziehen, die es durch seinen Beitritt zum Völkerbundspakt und zum Kriegsächtungspakt auf sich genommen hat. Die SAI. fordert alle ihr angeschlossenen Parteien auf, auf ihre Regierung einen Druck auszuüben, damit die von ihnen eingegangenen

Verpflichtungen, einen Angreifer zur Achtung des Friedens zu zwingen, nicht länger mißachtet

werden. Die SAI. ist sich der Schwäche und der Mitschuld des größten Teils der in Genf vertretenen Regierungen bewußt und richtet daher an die organisierte Arbeiterklasse die Aufforderung, zu handeln. Ein Krieg Japans gegen die Sowjetunion fordert notwendigerweise die Gegenrevolution nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen Welt. Ein Angriff Japans auf Rußland kann einen Weltkrieg heraufbeschwören. Die Arbeiter fordern:

1. Sofortige und bedingungslose Räumung Schanghais und der Mandschurei durch die japanischen Streitkräfte;
2. falls Japan dies verweigern sollte, die Abberufung aller Gesandten und Botschafter aus Japan;
3. wenn nötig, die Anwendung von wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen, falls Japan nicht bereit ist, zu tun, was im Interesse des Weltfriedens geschehen muß.

Wenn Japan trotz alledem seine Angriffsvorbereitungen und Drohungen nicht einstellen sollte, so wird die SAI. an den Internationalen Gewerkschaftsbund appellieren, um gemeinsam mit allen Mitteln sich der Herstellung und Verschiffung von Munition, Kriegsmaterial und Waren nach Japan zu widersetzen und alle Schiffe, die aus Japan eintreffen oder dorthin fahren, zu boykottieren. Die Arbeiter werden sich mit der Verteidigung der Sowjetunion solidarisch erklären, falls sie angegriffen wird. Sie werden das Attentat auf den Frieden anprangern. Sie werden jedem Uebergreifen des Krieges auf andere Länder entgegentreten, ebenso wie sie sich jedem Versuch widersetzen werden, andere Länder in den Krieg gegen Sowjetrußland einzubeziehen.

Falls Sowjetrußland gezwungen sein sollte, sich gegen einen Angriff zu verteidigen, rechnet die SAI. darauf, daß alle ihr angeschlossenen Parteien, die ihre Tätigkeit innerhalb der Grenzen der Sowjetunion entfalten, sich nach den in der Berliner Resolution gegebenen Richtlinien verhalten und sich jeden separatistischen und aufrührerischen Handlungen widersetzen, die zur Lähmung der Verteidigung Sowjetrußlands gegen den japanischen Angriff führen müßten. Die SAI. stellt überdies fest, daß die Verteidigung der Sowjetunion um so besser gesichert sein wird, je mehr die Politik der Sowjetregierung allen sozialistischen Kräften des Landes die aktive Teilnahme an der Verteidigung der russischen Revolution ermöglichen wird.

Die Exekutive behandelte auf Grund von Berichten Hilferdings und Longuets die Probleme der internationalen Schulden, der Weltwirtschaftskrise und der Lage in Deutschland und Frankreich. Eine einstimmig beschlossene Resolution über die Lage in Danzig ruft die Arbeiterklasse aller Länder zum Protest gegen die Vergewaltigung der Arbeiterklasse in Danzig wie in Polen auf, die mit den Rechten der Arbeiter zugleich den Weltfrieden bedroht.

In einer

Resolution über die Probleme der Donaustaaten

wird erklärt:

Die SAI. begrüßt jeden Versuch, die protektionistischen Hindernisse des internationalen Warenaustausches abzubauen. Aber ein System der Vorzugszölle zwischen den Staaten des Donaubeckens würde nur dann einen Fortschritt in dieser Richtung bedeuten, wenn a) sichergestellt würde, daß die Vorzugszölle zwischen diesen Staaten wesentlich niedriger wären als gegenwärtig im Verkehr zwischen diesen; b) wenn die Einführung des Systems der Vorzugszölle keinesfalls zum Vorwand genommen würde, die Zollschranken gegenüber den außerhalb des Donaubeckens gelegenen Staaten zu erhöhen, und c) wenn besonders die engere wirtschaftliche Verbindung zwischen den Staaten des Donaubeckens ihre Ergänzung fände in Maßnahmen, die den Handel dieser Staaten mit denjenigen Ländern erleichtern sollen, welche sowohl an dem Export als auch an dem Import der Staaten des Donaubeckens einen größeren Anteil haben.

Die Bemühungen um die engere wirtschaftliche Verbindung der Donaustaaten dürften jedoch in keinem Falle zum Vorwand irgendwelcher machtpolitischer, imperialistischen Zwecken dienenden Kompensationen oder politischen Allianzen mißbraucht werden, weder für imperialistische Zwecke Frankreichs noch für imperialistische Zwecke Italiens und Deutschlands.

Das Sekretariat soll, sobald die internationalen Verhandlungen über die Donaufrage konkrete Gestalt annehmen, die daran interessierten sozialistischen Parteien zu einer Konferenz einladen, um ihre Zusammenarbeit im Kampfe um die Gestaltung dieser Pläne sicherzustellen.

Die Resolution protestiert ferner gegen jede internationale Kontrolle über die Finanzen einzelner Länder, die erfahrungsgemäß zum Druck auf die Löhne und auf die sozialen Einrichtungen dieser Länder mißbraucht wird.

Schwere Unruhen in Thüringen.

Erregung über Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung. — Ein Toter, 10 Verletzte.

Weimar, 20. Mai. (Eigenbericht.)

In Waltershausen, einer Stadt von über 7000 Einwohnern im Landkreis Gotha, ist es am Freitagnachmittag zu ernsten Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Wohlfahrtserwerbslosen gekommen. Als Protest gegen eine zehnprozentige Kürzung der Wohlfahrtsunterstützungssätze waren einige Versammlungen einberufen. Die Wohlfahrtserwerbslosen weigern sich, die gekürzten Unterstützungen in Empfang zu nehmen. In den Versammlungen sollen nach einer Meldung aus Waltershausen alle Parteien vertreten gewesen und zu Wort gekommen sein, selbst bürgerliche Stadtratsmitglieder wären anwesend gewesen. Die Landespolizei aus Gotha war mit einem Kommando in Waltershausen erschienen. Hierüber soll es schon in den Versammlungen Unzufriedenheit gegeben haben.

Nach Schluß der Versammlung ist es dann in den Straßen der Stadt zu ernsten Zusammenstößen gekommen, wobei die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machte. Nach einer Meldung soll die Polizei ohne Veranlassung zur Schußwaffe gegriffen haben, nach einer anderen Meldung aus dem Ministerium in Weimar soll zuerst aus der Menge geschossen und mit Steinen geworfen worden sein. Bei den Zusammenstößen gab es nach einer Meldung 2 Tote und 8 bis 10 Verwundete, darunter 2 Polizeibeamte, nach einer anderen Meldung nur 1 Toten. Ein elfjähriges Kind erhielt zwei Schüsse, einen Schulter- und einen Hüftenschuß.

Die Ruhe soll, wie mitgeteilt wird, zwar in der Stadt wieder hergestellt sein, doch habe man von den Anhöhen, die neben der Stadt liegen, noch geschossen.

Schwierige Kabinettsberatungen.

Notverordnung erst Ende nächster Woche.

Das Kabinett trat am Freitagabend um 9 Uhr zu der vorgesehenen Sitzung zusammen. In der Sitzung wurde u. a. das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung besprochen. Ueber die Aussprache wurde strenge Vertraulichkeit vereinbart.

Angesichts der sachlichen Schwierigkeiten der Materie ist damit zu rechnen, daß die Beratungen des Kabinetts noch mehrere Tage in Anspruch nehmen werden und sich bis in die Mitte nächster Woche ausdehnen. Auch der Reichspräsident wird, wie jetzt feststeht, erst Ende nächster Woche nach Berlin zurückkehren, so daß die neue große Notverordnung ihm erst dann zur Unterschrift vorgelegt werden dürfte.

Wer hilft der Sowjetunion?

Der selbstmörderische Kurs der Komintern.

Man kennt die Fabel vom Schäferjungen, der aus Uebermut die Dorfbewohner immer wieder mit dem Ruf alarmierte: „Der Wolf kommt!" Als der Wolf wirklich erschien und der Hirt um Hilfe schrie, rührte sich niemand mehr. Man war schon zu oft genarrt worden. So fielen die Schafe und ihr Hüter dem Wolf zum Opfer.

Seit zehn Jahren ertönt in der kommunistischen Presse der ganzen Welt immer wieder der Ruf: „Drohende Kriegsgefahr! Verteidigt die Sowjetunion!" Auf ein Stichwort von Moskau ging ein Höllenkonzert in allen europäischen Hauptstädten los. Breiteste Balkenüberschriften, spaltenlange Artikel, unzählige Meldungen in fettesten Drucktypen, Aufforderungen zu Protestkundgebungen füllten die Spalten der kommunistischen Presse. Was steckte hinter diesen unzähligen Alarmrufen? Meist nur irgendein taktisches Manöver der Sowjetregierung. Man hielt es aus inner- oder außenpolitischen Gründen gerade für zweckmäßig, Erregung unter die Massen zu tragen. Es war reine Propaganda. Entweder um das russische Volk von seinen Nöten abzulenken, oder um irgendeinen diplomatischen Augenblicksvorteil zu ergattern. Diese Propagandafeldzüge waren stets verbunden mit den wüstesten Beschimpfungen sowohl der Sozialdemokratie wie der europäischen Regierungen, am wildesten in solchen Fällen, in denen die sozialistischen Parteien an diesen Regierungen Anteil hatten oder auf ihre Außenpolitik Einfluß ausüben konnten. Man schreckte vor keiner noch so blöden Beschuldigung zurück. Das tollste Stück auf diesem Gebiet war wohl der berüchtigte Menschewistenprozeß vor zwei Jahren, bei dem die Angeklagten beteuerten, sie hätten in Moskau mit Abramowitsch über eine weißgardistische Intervention persönlich konspiriert — obwohl Abramowitsch seit 1920 russischen Boden nie wieder betreten hatte und durch zahlreiche Zeugen nachweisen konnte, daß er sich zur fraglichen Zeit wochenlang in Mecklenburg aufgehalten hatte.

Am lächerlichsten mutete diese Propaganda in Deutschland an. Denn die Wilhelmstraße hat seit Rapallo die Russenfreundschaft oft bis zur Selbstverleugnung getrieben. Jeder Schritt, der eine gleichzeitige Annäherung an die Westmächte bedeuten sollte — Locarno, Völkerbundseintritt, Haager Abkommen —, wurde von den Kommunisten mit geradezu hysterischen Wutausbrüchen als ein „Einschwenken Deutschlands in die Antisowjetfront" bezeichnet. Wer wundert sich, daß es der Bolschewistenpresse so ging wie dem Hirten der Fabel und daß sich niemand mehr um ihr Geschrei kümmerte?

Aber jetzt — jetzt ist der Wolf wirklich in nächster Nähe! In Japan haben die Revolverschüsse der nationalistischen Extremisten, wie man fürchten muß, auch die letzten Hemmungen beseitigt, die einer imperialistisen Draufgängerpolitik im Wege standen. Eine japanische Siegfriedenpolitik in der Mandschurei wird nicht mehr imstande sein, vor den Punkten haltzumachen, die der Sowjetunion als lebenswichtig erscheinen. Die Moskauer Regierung wird dann vor der Wahl stehen, ob sie durch Duldung japanischer Uebergriffe eine nationalistische Hochflut im eigenen Lande erzeugen will, die sich sehr leicht gegen sie selber wenden kann, oder ob sie einen Kampf aufnehmen will, der schon aus geographischen Gründen für sie sehr schwer zu führen ist.

Zugleich wird aber für Moskau auch die Sorge sehr ernst, ob ein russisch-japanischer Krieg, wenn er eines Tages wirklich ausbrechen sollte, lokalisiert werden könnte oder ob es dann nicht doch zum großen Interventionskrieg käme, dessen Gespenst die russischen Machthaber schon längst in ihre Träume hinein verfolgt.

Ja, die Dinge sind jetzt wirklich so ernst geworden, daß Moskau allen Grund hätte, seine bisherige Außenpolitik einer gründlichen Revision zu unterziehen. Vor allem müßte die Illusion preisgegeben werden, als ob nur die Kapitalisten Gegner der Sowjetunion wären, die Herzen der Arbeiter aber für sie schlügen. In Wirklichkeit liegen die Dinge beinahe schon umgekehrt. Denn die Kapitalisten hören auf, Feinde der Sowjetunion zu sein in dem Augenblick, in dem sie mit ihr Geschäfte machen können. Die Masse der Arbeiter aber, von einer kommunistischen Minderheit abgesehen, fühlt sich dauernd von Moskau ungerecht behandelt und schwer geschädigt. Sie liest in der russischen Presse nichts als wüste Beschimpfungen und sie erlebt immer wieder, wie ihr in ihren politischen und sozialen Kämpfen die Anhänger Moskaus in den Rücken fallen.

Daß die Sozialdemokratische Partei unter solchen Umständen für Moskau keine übermäßig freundlichen Gefühle haben kann, versteht sich von selbst. Aber wenn wir das mit

aller Aufrichtigkeit aussprechen, so fügen wir ebenso aufrichtig hinzu, daß es keinen schärferen Gegner jedweder antisowjetistischen Einkreisungs- und Interventionspolitik geben kann als die deutsche Sozialdemokratie und die Sozialistische Arbeiterinternationale. Indem die Moskauer Regierung diesen Tatbestand aus propagandistischen Gründen auf den Kopf stellte, indem sie den nichtkommunistischen Sozialismus schädigte, wo sie nur konnte, der Reaktion aber alle möglichen Liebesdienste leistete, hat sie selber die Gegner der Interventionspolitik geschwächt und ihre Anhänger gestärkt.

Jetzt hat die Sozialistische Arbeiterinternationale in Zürich eine Entschließung angenommen, die dem japanischen Imperialismus und allen europäischen Interventionsabsichten Kampf in schärfster Form und mit allen zweckdienlichen Mitteln ankündigt. Damit verfolgt die SAI. nur die bisherige Linie ihrer eigenen Politik. Sie hat keineswegs die Absicht, der Moskauer Regierung eine Liebeserklärung zu machen oder ihr ein Geschäft auf Gegenseitigkeit anzubieten. Wohl aber hätte man in Moskau recht, wenn man in jener Entschließung eine an die Sowjetadresse gerichtete Mahnung zur Selbstbesinnung erkennen wollte.

Moskau führt seit vierzehn Jahren einen erbitterten Angriffskrieg gegen die deutsche und die europäische Arbeiterbewegung, die sich nicht in die Komintern-Schablone pressen läßt, sondern ihre eigenes Leben leben und ihre geistige Selbständigkeit bewahren will. Moskau hat diesen Angriffskrieg nicht gewonnen, seine Fortführung aus bloßen Prestigegründen bedeutet weiter nichts als sinnlosen Kräfteverbrauch. An dem Tage, an dem es ihn einstellte, wäre seine außenpolitische Stellung nicht schwächer, sondern stärker!

Russische Rüstungen dementiert.

Vor der Militärherrschaft in Japan.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion dementiert unter Bezugnahme auf ein New-Yorker Blatt die wohl zuerst von uns gebrachte Nachricht, wonach drei oder vier Jahrgänge Reservisten zu Manövern einberufen werden.

Diese Nachricht aber hat der Moskauer Rundfunk verbreitet und zwar an Stelle eines Vortrags, den Kriegskommissar Woroschilow halten sollte, was aber wegen Verhinderung des Redners durch eine wichtige Konferenz abgesagt wurde. Um ganz genau zu sein, stellen wir fest:

Am Dienstagabend, dem 17. d. M., gegen 21,10 Uhr MEZ. meldete der Moskauer Sender Komintern auf Welle 1481 in einer Pressesendung an die Moskauer Arbeiter, daß sich der revolutionäre Kriegsrat entschlossen habe, an den Manövern dieses Jahres die Jahrgänge 1909, 1910, 1911 und 1912 teilnehmen zu lassen, während sonst immer nur ein Jahrgang der Reserve einberufen wird. Diese Sendung wurde von Moskau für die städtische Bevölkerung und von den anderen Sendern für die Landbevölkerung durchgegeben; so hat 12 Stunden später der Sender Kiew in ukrainischer Sprache für die Bauernbevölkerung dieselbe Meldung verbreitet.

Wenn drei Tage später ins Ausland hinaus dementiert wird, so geschieht das zur Widerlegung solcher Auslandsstimmen, die diese Reservisteneinziehung als Zeichen eines sowjetrussischen Kriegswillens mißdeutet haben. Wir bezweifeln keinen Augenblick, daß die Sowjetregierung den Frieden zu erhalten und den Krieg zu vermeiden strebt; damit steht es aber nicht in Gegensatz, die Abwehr eines ernstlich befürchteten Angriffs vorzubereiten.

Ob ein Angriff Japans auf Sibirien ernstlich zu befürchten ist, kann bezweifelt werden. Viel wahrscheinlicher ist, daß die japanische Militärpartei auf vollständige Besetzung und Annexion der Mandschurei drängt und daß die Verwirklichung dieser Absicht wohl auch das Ende des russischen Mitbesitzes und Mitbetriebes der Ostbahn Mandschuria—Charbin usw. bedeuten würde. Dieser Mitbesitz der Ostbahn ist ein wichtiger und wertvoller Bestandteil des russischen Staatsvermögens und seiner Staatsmacht.

In Japan sind zwar noch die konservativen Minister im Amt, aber der Innenminister Susuki hat bereits in einer Rede bemerkenswerte Konzessionen an das antiparlamentarische, militaristische und scheinbar bauernrechtlerische Programm des „Schwarzen Drachen" gemacht.

Da der japanische Kaiser seinen Truppen die vollständige Räumung Schanghais befohlen hat, läßt sich denken, daß die Soldateska nach „Ersatz" und neuem Ruhm Ausschau hält!

Sanktionierung des Faustrechts?

Amnestievorlage der nationalsozialistischen Preußenfraktion.

Die nationalsozialistische Fraktion des neuen Preußischen Landtags hat als erstes jetzt einen Gesetzentwurf über die Gewährung von Straffreiheit eingebracht.

Danach wird Straferlaß für die zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes von preußischen Gerichten rechtskräftig erkannten und noch nicht verbüßten Strafen, soweit sie ausschließlich oder vorwiegend aus politischen Beweggründen begangen worden sind, gewährt. Verfahren, die wegen Straftaten solcher Art anhängig sind, werden eingestellt, wenn die Tat vor dem Tage des Inkrafttretens des Gesetzes begangen wurde.

Diese Bestimmungen sollen auch für Strafen gelten, die im Wege des Dienststrafverfahrens gegen unmittelbare und mittelbare Beamte des Staates, der Gemeinden und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts wegen politischer Gesinnung oder Betätigung verhängt worden sind, einschließlich der Lehrer und der Personen, die sich im Verwendungsdienst zu einer dieser Stellungen befinden. Ausgeschlossen von der Straffreiheit sind nach dem Gesetzentwurf Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse.

*

Nach dem Willen der Nazis soll die erste Tat des Preußischen Landtags darin bestehen, daß er Amnestie für die zahllosen Mordtaten und Roheitsverbrechen der Nationalsozialisten gewährt. Die Mörder von Bankau, der Mörder des Reichsbannerkameraden Link, und mit ihnen die große Zahl von Naziverbrechern, die wegen Gewalttaten gegen Leben und Gesundheit verurteilt sind, sollen straffrei werden. Herr Ley und sein Komplice Fuchs, die Nazischläger aus dem Reichstag, sie alle sollen amnestiert werden.

Eine solche Amnestie würde auch die Kommunisten erfassen, „Rotmord", wie sich die Nazis bisher ausdrückten. Der Krieg auf den Straßen und aus dem Hinterhalt, das gegenseitige Abschlachten von jungen Leuten, die organisierte Gemeinheit soll straffrei sein.

Das würde nicht mehr und nicht weniger bedeuten als die völlige Auflösung des Rechts, die Proklamierung des Faustrechts und des inneren Krieges!

Preußen fordert: Schafft Arbeit!

Das Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun an Reichskanzler Dr. Brüning.

Mit Rücksicht auf irrtümliche Meldungen über den Inhalt des von dem preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun namens der preußischen Staatsregierung am 30. April d. J. an den Reichskanzler gerichteten Schreibens wird dieses Schreiben vom Amtlichen Preußischen Pressedienst jetzt auszugsweise im Wortlaut mitgeteilt. Es lautet:

„Fast jede der großen Fragen, welche die Regierungen des Reichs und der Länder und die Gemeindeverwaltungen zu entscheiden haben, führt auf das Problem der Arbeitslosigkeit zurück, das damit als das Zentralproblem unserer inneren Politik bezeichnet werden muß.

Dieses Problem kann nicht nur mit finanziellen Mitteln gelöst werden. Das würde nur zu immer höheren Lasten führen. Es kommt vielmehr in erster Linie darauf an,

mit durchgreifenden Maßnahmen die Menschen an die Arbeit zu bringen.

Das ist aus volkswirtschaftlichen und moralischen Gründen in gleicher Weise notwendig. Dabei kann auf eine Vermittlung der Arbeitslosigkeit durch internationale Aenderung der Konjunktur nicht gewartet werden. Ein erheblicher Teil der Arbeitslosigkeit ist überdies die natürliche Folge der fortschreitenden Rationalisierung, der Ersetzung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine.

Die Preußische Staatsregierung hält zu diesem Ziele in erster Linie eine andere Verteilung der vorhandenen Arbeit durch eine systematische Kürzung der Arbeitszeit unter Rückführung der Arbeitslosen auf die dadurch frei werdenden Arbeitsplätze für notwendig.

Alle anderen Mittel versprechen für sich allein keinen genügenden Erfolg. Die Kürzung muß nach Ansicht der Staatsregierung so weit gehen, daß dadurch die überwiegende Zahl von Arbeitslosen Arbeit erhält. Es genügt daher nicht, daß für einige, meist schon kurz arbeitende Industrien die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden festgesetzt wird. Die Kürzung muß vielmehr tunlichst allgemein angeordnet werden. Ausnahmen müssen besonderen Richtlinien der Reichsregierung und im einzelnen Fall der örtlichen Stelle vorbehalten werden.

Die Kürzung kann ferner, um ihren Zweck zu erreichen,

nicht bei 40 Stunden halt machen, sie muß vielmehr darüber hinausgehen.

Ob die Kürzung bei der Tagesschicht, bei der wöchentlichen Arbeitszeit oder im Wege des Krümperinsystems durchgeführt wird, kann dem einzelnen Betriebe überlassen bleiben. Aber nur gleichzeitige generelle Anordnung kann die erforderliche schlagartige Wirkung haben, die sich insbesondere auch in den Ersparnissen der öffentlichen Haushalte an Unterstützungsbeiträgen äußert.

Die Preußische Staatsregierung verkennt nicht, daß hierbei schwere Opfer von allen Seiten gefordert werden. Sie ist aber der Auffassung, daß ohne eine solche rigorose Maßnahme der große Zweck nicht erreicht werden kann. Dadurch werden nicht nur Arbeitslose in die Arbeit zurückgeführt, sondern auch die noch in Arbeit Stehenden von der schweren Sorge des Ausscheidens soweit als möglich befreit.

Daneben muß sofort ein möglichst umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm, unter besonderer Berücksichtigung der ländlichen Siedlung in den östlichen Landesteilen, durchgeführt werden.

Man wird mit verhältnismäßig geringen zusätzlichen Mitteln eine Fülle von Arbeitskräften der Arbeit wiedergeben können, wenn man als Grundlage der Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms diejenigen Beträge nehmen würde, welche bisher an Arbeitslosenunterstützung der verschiedensten Art völlig unproduktiv aufgewandt worden sind. Auch diese Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung sollten, soweit möglich, nicht einzeln und nacheinander, sondern gleichzeitig in großem Maße einsetzen. Die Staatsregierung weist jedoch eindringlich darauf hin, daß durch diese Maßnahmen allein, ohne gleichzeitige systematische Kürzung der Arbeitszeit, kein ausreichender Erfolg erzielt werden kann.

Drittens muß sofort eine organisatorische Vereinfachung der Erwerbslosenfürsorge durchgeführt werden.

Die Krisenfürsorge und die Wohlfahrtsfürsorge müssen vereinigt und nach vollständig gleichen Grundsätzen, insbesondere hinsichtlich der Bedürftigkeitsprüfung und der Unterstützungssätze für alle Personen, deren Unterstützungsanspruch gegen die Arbeitslosenversicherung fortgefallen ist, durchgeführt werden. Dies kann nach Auffassung der Staatsregierung — vorbehaltlich einer Uebergangsregelung für die zur Zeit in der Krisenfürsorge betreuten Personen — zweckmäßig nur bei den Gemeinden geschehen, die allein die erforderliche Sachkenntnis über die Familien- und Vermögensverhältnisse und über die Bedürftigkeit haben.

Bei Durchführung dieser Maßnahmen — Kürzung der Arbeitszeit, Arbeitsbeschaffung und organisatorische Vereinfachung der Erwerbslosenunterstützung — wird sich der Umfang der Arbeitslosigkeit und des Bedarfs an öffentlichen Mitteln erheblich senken, während er anderenfalls noch steigen müßte. Diese Steigerung würde aber notwendig dazu führen, daß die Wirtschaft neu belastet werden müßte, da der bisherige Zustand ungenügender Gesamtfinanzierung zum Zusammenbruch führen würde.

Der Damm gegen die Flut der Arbeitslosigkeit ist zugleich das einzige Mittel, um die zweite große innenpolitische Frage, die Sanierung der Gemeindefinanzen, zu lösen. Auch zu diesem Zwecke sind die vorgeschlagenen Maßnahmen, durch welche die die öffentlichen Kassen schwer belastenden Unterstützungssummen in Arbeitslöhne umgewandelt würden, unerläßlich. Der Gesamtfehlbetrag der preußischen Gemeinden und Gemeindeverbände wurde bereits im Herbst 1931 für dieses Rechnungsjahr auf gegen eine halbe Milliarde geschätzt. Er hat sich trotz einschneidender Eingriffe, die sich im günstigen Sinne ausgewirkt haben, nicht verringert. Die dritte Besoldungskürzung, die Entlastung infolge der Zinssenkung und die außerordentlich rigorosen Einsparungen, die bei den Gemeinden im Laufe des Rechnungsjahres 1931 eingetreten sind (sie allein werden in Preußen auf 300 bis 400 Millionen im Jahresergebnis zu veranschlagen sein), werden für die Haushaltswirtschaft des Rechnungsjahres 1932 mehr als aufgehoben durch die zu erwartende Erhöhung der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen, durch den Rückgang des Gemeindeanteils an den großen Ueberweisungssteuern des Reiches und des Staates (insbesondere Einkommen- und Körperschaftssteuer sowie Hauszinssteuer) und durch den sehr starken Rückgang der eigenen Steuereinnahmen der Gemeinden. Auch für 1932 muß daher mit einem Gesamtdefizit von etwa einer halben Milliarde Reichsmark oder mehr allein für die preußischen Gemeinden und Gemeindeverbände gerechnet werden, das bei ungünstiger Entwicklung der Arbeitslosigkeit noch steigen würde.

Solchen Fehlbeträgen mit ihrer verhängnisvollen Auswirkung auf die Kassenlage der Gemeinden kann, besonders wenn sie sich jetzt schon im dritten Jahre wiederholen, nicht mehr mit den bisherigen Mitteln der individuellen Beihilfen von Reich und Staat begegnet werden.

Auch wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen durchgeführt werden, ist eine andere Form der Finanzierung erforderlich, weil erfahrungsgemäß die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß zum großen Teil den in der Versicherung befindlichen, nicht den der Gemeinde zur Last fallenden Arbeitslosen zugute kommt.

Der nach den vorgeschlagenen Maßnahmen notwendig bleibende verminderte Gesamtbedarf der bisherigen Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung sollte nach Ansicht der Staatsregierung in der Hauptsache von den Haushalten der öffentlichen Verwaltung losgelöst werden. Das könnte geschehen, wenn er durch eine nach dem Bedarf veränderliche allgemeine Notabgabe gedeckt wird. Daneben wäre dann für die Krisenlohnsteuer kein Raum mehr. Die zweite Gehaltskürzung, welche bei den öffentlichen Beamten und Angestellten an die Stelle der Krisenlohnsteuer trat, würde für sie die Notabgabe in entsprechendem Umfange ersetzen.

Die Gemeinden (Fürsorgeverbände) würden einen bestimmten Beitrag zu leisten haben, der sich aber im Rahmen ihrer Kräfte halten würde. Da die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen eine gewisse Zeit erfordert, müssen während der Uebergangszeit finanzielle Maßnahmen getroffen werden, um die Gemeinden in den Stand zu setzen, daß sie bis dahin ihren Pflichten genügen.

Schnellste Entscheidung ist erforderlich."

Das Preußenzentrum berät.

Für verfassungsmäßige Ordnung und aufbauende Politik.

Die Zentrumsfraktion des neuen Preußischen Landtags trat am Freitagabend zu einer kurzen Sitzung zusammen. Der stellvertretende Vorsitzende Steger eröffnete die Sitzung und führte aus:

„Die Zentrumsfraktion wird ihre Arbeit in den Dienst einer aufbauenden nationalen Realpolitik stellen. Ihr Wirken wird dem Zweck dienen, der Hort der verfassungsmäßigen Ordnung zu sein. Daraus folgt ihre Bereitwilligkeit, mit all den Kräften, die verfassungsmäßige Ordnung und aufbauende Politik wollen, sachlich zusammenzuarbeiten. Die Fraktion stellt ihre Arbeit bewußt in den Dienst der Reichspolitik. Die außenpolitische Befreiung und die innerpolitische Arbeit auf dem Gebiete der Binnenwirtschaft, der Arbeitsbeschaffung, der Siedlung und des freiwilligen Arbeitsdienstes wird das Arbeitsziel sein. Die Lösung dieser Aufgabe wird unter den augenblicklichen Verhältnissen im Preußischen Landtag nicht leicht sein."

Der Vorsitzende hob weiter hervor, daß es bei dem starken Zusammenhang zwischen dem Reich und Preußen selbstverständlich sei, daß die preußische Zentrumsfraktion ihre Politik in engstem Zusammenhang und in engster Zusammenarbeit mit der Reichstagsfraktion und dem Reichskanzler Dr. Brüning zu führen haben werde. Neubindungen und politische Aenderungen in Preußen könnten nur im Einvernehmen mit der Reichsparteileitung und dem Reichskanzler vorgenommen werden.

Die nächste Sitzung der Fraktion findet am Sonnabend statt.

Nazis wollen Geschäftsordnung ändern.

Im Preußischen Landtag hat die nationalsozialistische Fraktion jetzt den Antrag eingebracht, der die sinngemäße Wiederherstellung der alten Geschäftsordnungsbestimmungen über die Wahl des Ministerpräsidenten zum Ziels hat. Bekanntlich hat in der letzten Sitzung des alten Landtags die Regierungsmehrheit den § 20 der Geschäftsordnung dahin geändert, daß ein Ministerpräsident nur dann als gewählt gilt, wenn er mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Die damals gestrichene Bestimmung, nach der, wenn sich keine solche Mehrheit ergibt, die beiden Anwärter mit den meisten Stimmen in die engere Wahl kamen, soll nach dem Antrag nunmehr durch folgende Sätze wieder aufgenommen werden: „Ist hiermit keiner der Bewerber gewählt, so findet Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern statt, die die meisten Stimmen erhalten haben. Gewählt ist derjenige, der in dieser Stichwahl die meisten Stimmen auf sich vereinigt."

Reichstagseinberufung abgelehnt.

Nazis und Deutschnationale wollen den Staatsgerichtshof anrufen.

Die von der deutschnationalen Reichstagsfraktion für den 24. Mai beantragte Einberufung des Reichstags ist, obwohl sie von den Nationalsozialisten und den Kommunisten unterstützt wurde, vom Reichstagspräsidenten Löbe wiederum abgelehnt worden.

Der Reichstagspräsident bleibt in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Parteien und mit der Regierung bei der Auffassung, daß Artikel 24 der Reichsverfassung nicht angewendet werden kann, weil die Session des Reichstags nicht geschlossen, sondern der Reichstag nur vertagt worden ist. Nach Artikel 24 muß der Reichstag einberufen werden, wenn ein Drittel sämtlicher Abgeordneten es verlangt. Die jetzigen Antragsteller, Deutschnationale, Nationalsozialisten und Kommunisten bilden zwar ein Drittel des Reichstags, aber — nicht die Mehrheit, die nach Auffassung des Reichstagspräsidenten für die Einberufung erforderlich ist. Das Urteil des Staatsgerichtshofs, wonach der Preußische Landtag auch auf Verlangen einer Minderheit, nämlich eines Fünftels der Abgeordneten vorzeitig einberufen werden muß, gilt nach Auffassung der Mehrheitsparteien nicht für den Reichstag.

Nationalsozialisten und Deutschnationale beabsichtigen nunmehr, den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anzurufen, um ein ähnliches Urteil wie für den Preußischen Landtag auch für den Reichstag herbeizuführen.

Wichtiger Beschluß der Radikalen.

Programmentwurf vor dem Sozialistenkongreß.

Paris, 20. Mai (Eigener Drahtbericht).

Der Vorstand der radikalen Partei hat am Freitag unter dem Vorsitz Herriots die Grundlinien eines Regierungsprogramms festgelegt.

Der Hauptzweck der Beratung bestand ursprünglich darin, nach einem Meinungsaustausch über die politische Lage das Datum für die Vollsitzung des Exekutivausschusses festzusetzen, in der das Regierungsprogramm der Radikalen ausgearbeitet werden sollte. Die Beratung des Gesamtausschusses sollte erst nach dem 1. Juni, d. h. nach Schluß des sozialistischen Kongresses stattfinden, da die Radikalen abwarten wollten, ob und unter welchen Voraussetzungen sich die Sozialisten an einer Linksregierung beteiligen würden.

Auf Grund eines Vorschlags maßgebender Persönlichkeiten des linken Flügels der radikalen Partei sind aber bereits in der Vorstandssitzung die Grundlinien des Regierungsprogramms festgelegt worden. Sie sollen vor dem sozialistischen Kongreß nach Billigung durch den Exekutivausschuß und die Parlamentsfraktion bekanntgegeben werden.

Der linke Flügel der radikalen Partei, als dessen Sprecher u. a. der Abgeordnete Bergery inzwischen in der „Volonté" aufgetreten ist, verteidigt den Standpunkt, daß, nachdem an der Betrauung Herriots mit der Regierungsbildung kein Zweifel mehr besteht, es Sache der Radikalen sei, den Sozialisten ein Regierungsprogramm und die Bedingungen für die Zusammenarbeit zu unterbreiten, und nicht Sache der Sozialisten, den Radikalen Bedingungen zu stellen. Infolgedessen wird der sozialistische Kongreß bereits in voller Kenntnis des radikalen Programms beraten können. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man in Anbetracht dieser Aenderung der Situation zu anderen Beschlüssen kommt als man bisher angenommen hat. Für den Fall, daß die Sozialisten eine Beteiligung an der Regierung ablehnen sollten, vertritt der linke Flügel der radikalen Partei, der in dem Exekutivausschuß ziemlich stark vertreten ist, die Meinung, daß die Radikalen allein die Regierungsbildung übernehmen sollen.

Breitner will zurücktreten.

Er bleibt im Amte nur noch bis Jahresende.

Wien, 20. Mai. (Eigenbericht.)

In der Vollversammlung der sozialistischen Wiener Gemeinderatsfraktion, die sich mit der Vorbereitung zur Sitzung des neugewählten Gemeinderats beschäftigte, gab Bürgermeister Seitz folgende Erklärung ab: „Ich muß von der betrüblichen Tatsache Mitteilung machen, daß der Stadtrat Breitner die Erklärung abgab, sein Gesundheitszustand sei infolge der aufreibenden Tätigkeit in der Gemeindeverwaltung so geschwächt, daß er nicht mehr in der Lage sei, das Amt des Finanzreferenten zu übernehmen."

Diese Nachricht rief größte Bestürzung hervor, um so mehr, als sie bis heute vormittag nur dem Bürgermeister bekannt war. Nach dringendem Ersuchen der Partei erklärte sich schließlich Breitner bereit, in Anbetracht der schwierigen Zeitverhältnisse sein Amt bis zum Ende des laufenden Jahres weiterzuführen. Der folgenschwere Entschluß Breitners bedeutet für die Wiener Arbeiterschaft einen um so schwereren Verlust, als gerade Stadtrat Breitner als der genialste Schöpfer am Aufbauwerk des roten Wien befähigt bezeichnet werden muß.

Heimwehr regiert mit!

Sie verwaltet das Sicherheitswesen!

Wien, 20. Mai.

Der Zerfall der Heimwehr hat ihre Aufnahme in die neue Regierung nicht verhindert. Das neue Kabinett sieht so aus:

Bundeskanzler, Aeußeres und Landwirtschaft: Dr. Dollfuß (Christlichsozial);

Vizekanzler und Außenhandel: Winkler (Landbund);

Inneres: Vachinger (Landbund);

Justiz: Dr. Schuschnigg (Christlichsozial);

Finanzen: Dr. Weidenhoffer (Christlichsozial);

Heer: Vaugoin (Christlichsozial);

Sicherheit: Ministerialrat Dr. Ach, Leiter der Gendarmeriesektion des Bundeskanzleramts (der Heimwehr nahestehend);

Handel: Dr. Jaconcig (Heimwehr);

Unterricht: Dr. Rindelen (christlichsozialer Heimwehrprotektor);

Soziale Verwaltung: Dr. Resch (Christlichsozial).

Die Aufnahme offener und heimlicher Faschisten in die Regierung der Republik ist eine wahre Schande. Das Festhalten der Christlichsozialen und des am 24. April vernichtend geschlagenen Landbundes am Bürgerblock, dem nur die Großdeutschen fehlen, ist eine weitere Kampfansage an die Arbeiterschaft, auf die sie bei der Parlamentswahl im Herbst gebührend antworten wird.

Nachspiel zum Prozeß Goelling.

Grzesinski gegen Goelling.

Der Polizeipräsident teilt mit: „Nach einem Zeitungsbericht hat der Landgerichtspräsident Dr. Goelling in seinem Prozeß gegen das „8-Uhr-Abendblatt" vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte gestern ausgeführt, daß es richtig sei, daß er bei einer nationalsozialistischen Versammlung bei den Heil-Hitler-Rufen die Hand gehoben habe. Er habe dabei aber an eine Verfügung des Polizeipräsidenten Grzesinski gedacht, der einmal Schutzpolizeibeamte gerüffelt habe, weil sie in einer nationalsozialistischen Versammlung bei den Heil-Hitler-Rufen nicht die Hand mit erhoben und dadurch Unruhe in die Versammlung gebracht haben. Wenn dieser Bericht die Ausführungen richtig wiedergegeben hat, dann ist zu sagen, daß an dieser Behauptung des Herrn Präsidenten des Landgerichts I, Dr. Kurt Goelling, kein wahres Wort ist."

Die französische Militärmission in Polen kehrt infolge Nichterneuerung des Vertrages am 1. August in ihre Heimat zurück. Es sind nur noch wenige Franzosen, da ihre früheren Kollegen immer mehr durch Polen ersetzt worden sind.

Wenn Nazis regieren.

Schlachtsteuer in Mecklenburg-Strelitz / Gewerbetreibenden gehen die Augen auf.

Neustrelitz, 20. Mai (Eigenbericht).

Die nationalsozialistisch-deutschnationale Regierung in Mecklenburg-Strelitz ist auf den Gedanken verfallen, ein Defizit im Haushalt im Ausmaß von 300 000 Mark durch die Schlachtsteuer zu decken. Gerade in Mecklenburg-Strelitz ist eine solche Steuer äußerst bedenklich. Ihre Einführung belastet das Gewerbe und die Fleischverbraucher in beispiellosem Ausmaß. Man wird sich aber auch darüber klar sein müssen, daß diese Belastung Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben muß. An sich liegen die Viehpreise gerade in Mecklenburg auf einem noch nie gekannten Tiefstand. Das Experiment mit der Schlachtsteuer hätte die Preise weiter drücken müssen. Diese unsoziale Steuer muß eben in einem Agrarbezirk, wie Mecklenburg-Strelitz es ist, ganz besondere Auswirkungen haben.

Nun hat sich mit der Einführung der Schlachtsteuer in Mecklenburg-Strelitz eine tolle Komödie ereignet. Vor den Wahlen in Mecklenburg-Strelitz sagten Deutschnationale und Nazis: „Seht nach dem roten Sachsen. Da wird das Gewerbe durch die Schlachtsteuer belastet und gedrosselt. Seht nach dem marxistischen Preußen, wo der rote Klepper das Gewerbe mit einer Schlachtsteuer in Höhe von 120 Millionen pro Jahr belasten will.

Wählt nicht die Marxisten, sonst werdet Ihr Schlachtsteuer zahlen müssen!"

Diese Agitation ist Deutschnationalen und Nationalsozialisten bei der Wahl in Mecklenburg-Strelitz sehr zugute gekommen. Der Wahlerfolg der Nazis in Gewerbekreisen ist darauf zurückzuführen, daß sie die Schlachtsteuer geschickt in ihrer Agitation ausgenützt haben.

Nun kam der erste Reinfall und die erste Enttäuschung für das Gewerbe.

Die nationalsozialistisch-deutschnationale Regierung erklärte, daß es ohne Schlachtsteuer nicht gehe.

Man müsse die Schlachtsteuer haben, sonst könne man die notwendigen 300 000 Mark nicht auftreiben. Die Enttäuschung in den Gewerbekreisen war groß. Im marxistischen Preußen ist die Schlachtsteuer nicht eingeführt worden. Ausgerechnet aber im nationalsozialistischen Mecklenburg-Strelitz verlangt eine nationalsozialistisch-deutschnationale Regierung ein paar Stunden nach der Wahl, in der in beispiellosem Ausmaße mit der Schlachtsteuer gearbeitet worden ist, die Schlachtsteuer.

Den nationalsozialistisch eingestellten Gewerbetreibenden blieb bei dieser Entwicklung der Dinge einfach die Spucke weg. Sie wurden bei der nationalsozialistisch-deutschnationalen Regierung vorstellig. Dort erklärte man aber den Gewerbetreibenden, sie sollten erst mal sagen, wie man sonst die 300 000 Mark aufbringen solle. Im übrigen spielte man den starken Mann und ließ die Schlachtsteuervorlage vor den Landtag kommen, mit der Absicht, die Schlachtsteuer unter allen Umständen durchzuführen.

Das war am Freitag nachmittag und hier ergab sich die zweite Ueberraschung. Die Regierung hatte bis zuletzt gehofft, geräuschlos mit der Schlachtsteuer durchzukommen. Sie hatte sich getäuscht. Der Sozialdemokrat Dr. Foth unterzog die Schlachtsteuervorlage der Regierung einer eingehenden Kritik. Er legte die sozialen Härten dieser Steuer dar, die nur die Aermsten der Armen treffe. Er zeigte ihre fürchterlichen Wirkungen auf das Gewerbe und die Landwirtschaft. Foth tat das in einer derartig überzeugenden Weise,

daß Deutschnationale und Nationalsozialisten es vorzogen, nicht für die Vorlage ihrer eigenen Regierung zu stimmen.

Die Deutschnationalen erklärten durch Dr. Eperling-Berlin, daß sie glaubten, jetzt neue Mittel gefunden zu haben, um das 300 000-Mark-Defizit zu decken. Wie diese Mittel aussehen, haben sie noch nicht verraten. Die Nationalsozialisten zerbrechen sich aber weniger den Kopf um den Etat in Mecklenburg-Strelitz. Als die Strelitzer Nazis sahen, daß ihnen ihre Felle bei der Rede des Landrats Dr. Foth wegschwammen, erklärten sie, aus prinzipiellen Gründen gegen die Schlachtsteuer zu sein, während ihre Regierung wohl „prinzipiell" dafür ist.

So wurde die Schlachtsteuer von allen Parteien abgelehnt. Dafür war allein die nationalsozialistisch-deutschnationale Regierung, gebildet von Vertrauensmännern der Nazi-Fraktion und der deutschnationalen Fraktion.

Naziführer — englischer Spion!

Politischer Sensationsprozeß in Ostpreußen / Die Ermordung des Reichsbannerkameraden Alfred Link.

„Alfred Link, ermordet von den Nazis am 18. Oktober 1931 in Friedland", so heißt es in der unter der Ueberschrift „Zwei Jahre Nazimord" von der Partei herausgegebenen Totenliste. Vor dem Schöffengericht in Friedland (Ostpr.) wurde in diesen Tagen ein politischer Monstreprozeß verhandelt, in dem das hinterhältige Verbrechen an dem Reichsbannerkameraden Alfred Link seine Sühne finden sollte.

Am 18. Oktober v. J. fand in Friedland ein größeres Reichsbannertreffen statt. Infolge des provokatorischen Benehmens der dortigen SA.-Banden kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen und folgenschweren Zusammenstößen. Der jugendliche Reichsbannerkamerad Alfred Link wurde dabei von einigen SA.-Rowdys in eine dunkle Gasse abgedrängt, niedergeschlagen und mit dem Messer in einer derart viehischen Weise bearbeitet, daß er einige Tage danach im Bartensteiner Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlag. Der Reichsbannerkameraden bemächtigte sich naturgemäß über diese hinterhältige Tat eine gewaltige Erregung. Sie zogen vor das SA.-Heim und zerschlugen dort die Tür und Fensterscheiben. Jetzt unternahmen die Nazis einen neuen, und zwar planmäßig organisierten Vorstoß, bei dem u. a. der Ruf fiel: „Die Hunde treiben wir aus Friedland raus!" Alle Nazis waren jetzt mit Schlaginstrumenten bewaffnet. Die Reichsbannerleute wurden bis zum Rathaus zurückgedrängt. Als jedoch Verstärkung herbeieilte, wurden die Nazis schließlich gezwungen, sich im Rathaus in Sicherheit zu bringen. Von der erregten Menge wurde mit Steinen geworfen und immer wieder ertönte der Ruf: „Raus mit den Mördern!" Um weitere Zwischenfälle zu vermeiden, wurde vom Reichsbanner schließlich eine Sperrkette gebildet. Die im Rathaus eingeschlossenen Nazis konnten erst durch die gegen Mitternacht aus Königsberg eintreffende Schutzpolizei aus ihrer Zwangslage befreit werden.

Der Prozeß um diese Vorfälle dauerte im ganzen fünf Tage. Auf der Anklagebank saßen 19 Nationalsozialisten und 12 Reichsbannerkameraden. Die Anklage lautete auf Raufhandel und schweren Landfriedensbruch. Von den Nationalsozialisten stand der Angeklagte Siegfried Sassermann in dem dringenden Verdacht, den tödlichen Stich geführt zu haben. Der Prozeß begann mit einer Sensation und endete gleichfalls mit einer Sensation. Der damalige

Truppführer der Nationalsozialisten Dietrich Giehde,

der jetzt ebenfalls auf der Anklagebank saß, entpuppte sich als eine jener berüchtigten dunklen Existenzen, die schon wiederholt im Leben Schiffbruch erlitten und nun eine neue Heimat in der Partei des politischen Banditentums gefunden haben. Dietrich Giehde ist am 9. April 1900 zu Rostock geboren, wohnt gegenwärtig in Metgethen, Kreis Königsberg, und gibt an, Landwirt zu sein.

Durch Urteil vom 14. Mai 1923 der zweiten Strafkammer am Landgericht Berlin ist Giehde wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Urteil stellt fest, daß sich Giehde vom Leiter des englischen Nachrichtendienstes 20 000 Mark hatte geben lassen.

Im übrigen hieß es von ihm, daß er ein unaufrichtiger, haltloser und willensschwacher Mensch sei. Neben dieser ehrlosen Handlungsweise hatte Giehde weitere sieben Vorstrafen wegen Betrugs, Unterschlagung und Diebstahls aufzuweisen. Der Verteidiger der Nationalsozialisten war durch diese Feststellung so betroffen, daß er die Verteidigung dieses Ehrenmannes schleunigst niederlegte.

Die Beweisaufnahme ergab gegen den Angeklagten Sassermann, den mutmaßlichen Mörder des Kameraden Link, außerordentlich belastendes Material. Am letzten Tag — die Plädoyers sollten bereits beginnen — ergab sich jedoch eine sensationelle Wendung. Der Zeuge Schiemann, ein früherer Angestellter des SA.-Heims, der bei seiner Zeugenvernehmung am Tage vorher unter Eid abgestritten hatte, den Täter zu kennen, erklärte jetzt, seine Aussage in wesentlichen Punkten ergänzen zu wollen. Unter allgemeiner Bewegung teilte Schiemann folgendes mit:

Einige Tage nach den blutigen Vorfällen in Friedland sei der Gärtner Martin Kirstein, Mitglied des Stahlhelms, in das SA.-Heim gekommen und habe erzählt, daß er an jenem Abend ein Messer bei sich gehabt habe. Das Messer sei blutig gewesen. Er habe es abgewischt und hinter dem Ofen versteckt. Kirstein habe dann hinzugefügt, daß er es gewesen sei, der den Reichsbannermann Alfred Link erstochen habe!

Kirstein, der auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft von seiner Arbeitsstelle herübergeholt worden war,

brach unter der Wucht dieser klaren Aussage zusammen und legte ein Geständnis ab.

Kirstein wurde daraufhin mitten im Gerichtssaal verhaftet und sofort ins Untersuchungsgefängnis abgeführt. Er wird sich demnächst vor dem Schwurgericht in Bartenstein zu verantworten haben.

Der Schwerpunkt des ganzen Prozesses war durch diese sensationelle Wendung naturgemäß verschoben worden. Das Urteil war, soweit die Nationalsozialisten in Frage kamen, von einer geradezu unbegreiflichen Milde. Von den Nationalsozialisten wurden sieben Angeklagte, von den Reichsbannerkameraden fünf Angeklagte freigesprochen.

Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 1 Woche bis zu 1 Jahr. Fast allen Angeklagten wurde Strafaussetzung zugebilligt.

Die „Preußische Zeitung", das Organ der ostpreußischen Nazis, hat die Ermittlung des Mörders zum Anlaß genommen, um die Schuld an der Friedländer Bluttat von den Nationalsozialisten abzuwenden. „Die Lügen der „Volkszeitung" erledigt! Reichsbannermann Link von Stahlhelmern erstochen!" So berichtete sie beinahe triumphierend über den Ausgang des Prozesses. Das Ablenkungsmanöver der „Preußischen Zeitung" ist eine niederträchtige Lüge. Die Nationalsozialisten waren in Wirklichkeit zum mindesten Mitwisser des gemeinen Verbrechens. Bis zum letzten Augenblick haben sie sich krampfhaft bemüht, die Ermittlung des wahren Täters zu verhindern. Immer wieder tischten sie die Lüge auf, Link sei im Verlauf einer Eifersuchtsszene von einem Nebenbuhler erstochen worden. In Wirklichkeit waren die wahren Zusammenhänge dem Nazigesindel längst bekannt.

Der als Mörder ermittelte Stahlhelmmann Martin Kirstein war ständiger Gast im Friedländer SA.-Heim. Gesinnungsmäßig fühlte er sich den Nationalsozialisten aufs innigste verbunden. Um ihn zu decken, hatte der SA.-Mann Schiemann ursprünglich einen glatten Meineid geleistet. Erst am letzten Tage hatte die Angst diesem Burschen und Mitwisser die Zunge gelöst.

Die Blutschuld der Friedländer Nationalsozialisten ist genau die gleiche wie die des Stahlhelmers Kirstein, den sie jetzt gerne von sich abschütteln möchten. Sie haben mit provoziert, sie haben mit dreingeschlagen und sie haben vor allem den feigen Mörder seiner Bestrafung zu entziehen versucht. Kein noch so großes Lügengeschrei der Nazipresse wird uns jemals daran hindern, die Friedländer Bluttat als unauslöschliches Schandmal der ostpreußischen Nationalsozialisten zu brandmarken!

Schulrat Meyer enthaftet. Der seit Wochen unschuldig inhaftierte Memellandführer Schulrat Meyer ist am Freitagabend freigelassen worden. Zahlreiche neue Zeugenaussagen haben die Entlastung herbeigeführt. Eine große Volksmenge brachte auf Meyer ein dreifaches Hoch aus und überschüttete ihn, der einen recht mitgenommenen Eindruck machte, mit Blumen.

Vorverlegung der hessischen Landtagswahlen. Als Termin der Neuwahlen für den Hessischen Landtag, der vorläufig auf den 3. Juli festgelegt war, ist endgültig der 19. Juni bestimmt worden.

Wo die Verräter sitzen.

Und wer von der RGO. mit Begeisterung aufgenommen wird.

Zu der Selbstentlarvung des Bormann, früher Vorsitzender des Betriebsrats der Schuhreparaturwerkstatt der Firma H. Leiser, die die „Rote Fahne" mit jauchzender Freude veröffentlicht, wird uns von der Berliner Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Schuhmacher geschrieben:

In dem Flugblatt behaupten Bormann und die RGO., daß die Ortsverwaltung und Hörtz vom Schuhmacherverband von den Missetaten Bormanns Kenntnis gehabt, sie organisiert, gutgeheißen und geduldet haben. Demgegenüber erklären wir, daß Bormann und die Verbreiter seiner Behauptungen gemeine Lügner und Verleumder sind, und fordern sie auf, wenn sie keine gemeine Lügner und Verleumder sein wollen, gerichtlich gegen uns vorzugehen.

Die Unwahrheit der gegen uns gerichteten Verleumdungen ergibt sich schon aus der bekannten Tatsache, daß die gesamte Ortsverwaltung des Schuhmacherverbandes im Januar 1931 mit aller Schärfe gegen die von Bormann intensiv betriebene Arbeitsaufnahme aufgetreten ist.

Die Arbeitsaufnahme erfolgte gegen den Willen der Ortsverwaltung.

Daß Bormann von der Firma Leiser bestochen war, erfuhren die Ortsverwaltung und Kollege Hörtz erst in einer Betriebsversammlung der Firma Leiser am 21. April 1932, wo ein Kollege den Vorwurf gegen Bormann erhob, er habe sich von der Firma bestechen lassen. Bormann war zu dieser Zeit längst aus der freien Gewerkschaft ausgeschlossen und in die RGO. eingetreten. Bormann war also bei Bekanntwerden seiner Missetaten nicht mehr Mitglied der freien Gewerkschaft.

Dagegen nahm ihn die RGO. als Mitglied auf, obwohl prominente Mitglieder der RGO. nach ihren eigenen „eidesstattlichen Versicherungen" die Verfehlungen Bormanns bereits im März 1931 gekannt haben.

Siehe Bericht der „Roten Fahne" vom 19. Mai 1932. Die RGO. ist also in der Tat eine „saubere" Organisation.

Wie Bormann als Mitglied der RGO. gegen den Unternehmer im Betrieb „kämpft", beweist die Tatsache, daß er auch als Mitglied der RGO. **am 3. März 1932 bei Herrn Krause in der Wohnung war.**

Die Ortsverwaltung des Schuhmacherverbandes lehnt es ganz entschieden ab, den Richtungsstreit innerhalb der Arbeiterschaft mit Revolvern auszutragen, oder zu ihrer Benutzung andere zu ermutigen, wenn ihr eigenes Leben bedroht wird. Wir erinnern daran, daß im Jahre 1930 der damalige Führer der RGO.-Schuhmacher, Petersen, in Betriebsversammlungen die Anwesenden aufforderte, den Kollegen Hörtz

mit Gummiknüppeln und Stuhlbeinen niederzuschlagen.

Trotzdem hat Hörtz keinerlei Schutzwaffe getragen. Die Ortsverwaltung steht auf dem Standpunkt, daß der Richtungsstreit mit geistigen Waffen geführt werden muß.

Bormann behauptet in dem Flugblatt weiter, daß die Arbeitsaufnahme bei Leiser am 12. Januar 1931 „zwischen Hörtz und Kochenthaler vereinbart" wurde. Diese Behauptung trägt den Stempel der Lüge an der Stirn, denn die Arbeitsaufnahme ist gegen den Willen der Ortsverwaltung erfolgt.

Bormann behauptet weiter, auch Kollege Hummel sei bei Herrn Krause in der Wohnung gewesen. Kollege Hummel erklärt hierzu, daß er niemals bei Herrn Krause in der Wohnung und auch Herr Krause nicht bei ihm in der Wohnung war.

Bei der Wiederaufnahme der Arbeit nach dem Streik im Januar 1931 hat die Ortsverwaltung keinerlei Einfluß auf die Betriebsleitung ausgeübt

oder mit ihr im Einvernehmen gestanden, sondern überließ es völlig der Betriebsleitung, wen sie einstellen wollte oder nicht.

In dem erwähnten Flugblatt gibt der aus der freien Gewerkschaft ausgeschlossene Otto Koch eine „eidesstattliche Versicherung" ab, nach der er den Kollegen Hörtz im März 1931 auf Verfehlungen Bormanns aufmerksam gemacht haben will.

Wir erklären hierzu, daß Koch niemals bei Hörtz oder einem anderen Mitgliede der Ortsverwaltung gewesen ist, um auf diese Verfehlungen Bormanns aufmerksam zu machen. Dagegen ist der Ortsverwaltung und einem großen Teil der Mitgliedschaft bekannt, daß Otto Koch nach dem Streik bei Leiser in Versammlungen sich rühmte, der RGO. „eins ausgewischt" zu haben. Derselbe Koch war es auch, der nach seiner Entlassung Herrn Krause aufsuchte und von ihm 400 M. für Anschaffung eines Obstwagens haben wollte.

Daß in der Arbeiterbewegung gelegentlich Verräter und Spitzel auftreten, ist allbekannt.

Daß aber eine Arbeiterorganisation solche Verräter als Mitglieder aufnimmt und behält, ist erst seit Gründung der RGO. zu verzeichnen.

Bormann ist nicht der erste Fall. Wir erinnern nur an die siebzehn RGO.-Streikbrecher beim Streik bei Leiser in den Filialen. Von einem Hinauswurf dieser Streikbrecher aus dieser „sauberen Organisation" war nichts zu hören. Im Gegenteil. Die RGO. hat sich monatelang bemüht, diese Streikbrecher als ihre Mitglieder zu erhalten und hat deren Streikbruch noch zu beschönigen versucht. Bormann ist, nachdem er aus der freien Gewerkschaft herausgeworfen wurde, zur RGO. gegangen, in der Erwartung, daß in der RGO. solche Verräter geduldet werden.

Wie „sauber" die RGO. ist, hat sich weiter beim Leiserstreik gezeigt, wo

eine Reihe von RGO.-Mitgliedern sich während des Streiks brieflich der Betriebsleitung zur Arbeit anboten und ein Teil auch tatsächlich die Arbeit während des Streiks aufnahm.

Die Belegschaft von Leiser hat den Bormann abgeschüttelt. Nun gilt es, ganze Arbeit zu machen und den gewerkschaftlichen Brunnenvergiftern der RGO. die Türe zu weisen. Bei Leiser muß wieder eine restlos geschlossene proletarische Front geschaffen werden in der freien Gewerkschaft.

Nur nicht Schlichtung!

Rohrleger und Bauklempner für freie Vereinbarung.

Die im Metallarbeiterverband organisierten Rohrleger und Helfer standen in der Branchenversammlung, die sie am Donnerstag im Gewerkschaftshaus zusammen mit den Bauklempnern hatten, vor einer sehr schweren Entscheidung. Sie mußten wählen zwischen der Annahme eines Angebots der Unternehmer, **das ab 19. Mai eine neue Lohnkürzung um etwa 14 Proz.** vorsieht, oder der Anrufung der staatlichen Schlichtungsinstanzen, deren Aufgabe es jetzt bekanntlich ist, in allen irgendwie mit dem Baugewerbe verbundenen Berufen die Löhne „anzugleichen".

Der Arbeitgeberverband der Zentralheizungsindustrie und der gesundheitstechnischen Betriebe in Berlin war zum Abschluß eines neuen Lohn- und Manteltarifvertrages bis zum 31. März 1933 nur bereit, wenn die Löhne der Rohrleger von 1,35 auf 1,16 Mark gesenkt werden, die Löhne der Helfer von 1.12 Mark auf 97 Pf., die Löhne der Junggesellen, in der Ausbildung begriffenen Rohrleger usw. im gleichen Prozentverhältnis und die Landzulage von 5,50 auf 4,50 Mark.

Die Urlaubsentschädigung soll entsprechend der Kurzarbeit im vorigen Jahre ebenfalls gekürzt werden.

Die Entscheidung über dieses Angebot war insofern noch sehr wichtig, als die Klempner- und Installateurinnung aus der Tarifgemeinschaft mit dem Arbeitgeberverband der Zentralheizungsindustrie und der gesundheitstechnischen Betriebe ausgetreten ist, um ihre eigene Lohnpolitik zu betreiben. Bisher galten für die Gas- und Wasserleitungsrohrleger und die Bauklempner, die in den Innungsbetrieben beschäftigt sind, die gleichen Löhne wie für die Heizungsrohrleger in den Betrieben des Arbeitgeberverbandes. Die Innung wollte einen neuen Tarif nur abschließen auf der Grundlage eines Tarifspitzenlohnes von 93 Pf. pro Stunde für die Bauklempner und Rohrleger.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen hat die Innung ihre Mitglieder durch Rundschreiben angewiesen, den Rohrlegern und Bauklempnern nur noch einen Stundenlohn von 1,03 Mark und den Helfern einen Lohn von 86 Pf. zu zahlen.

Nach einem ausführlichen Bericht des Bevollmächtigten Genossen Eckert über den Ernst der Situation und einer regen Aussprache hat die Versammlung **dem Angebot der Unternehmer zugestimmt,** da sie sich von Verhandlungen vor den Schlichtungsinstanzen ein noch viel schlechteres Ergebnis versprach. Durch diese Zustimmung ist zugleich die Möglichkeit geschaffen worden, die Klempnerinnung entweder durch neue Verhandlungen oder durch die Einstellung der Arbeit zur Zurücknahme ihres Lohnabbaudiktats und zum Abschluß einer gleichen Vereinbarung zu zwingen. Mit der Vereinigung der Badewannen- und Apparatefabriken, die ebenso wie die Klempnerinnung in die Lohnabbaufront eingeschwenkt ist, sind die Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages noch nicht abgeschlossen.

Ein Lohnabbau übertrifft den andern.

Schiedsspruch für das Malergewerbe.

Nachdem die bekannten skandalösen Lohnabbauschiedssprüche für das Baugewerbe gefällt waren, mußten sich auch die Vertreter der Malergehilfen im Reichsarbeitsministerium zur Entgegennahme eines entsprechenden Schiedsspruches einfinden, der noch viel weiter geht als die meisten für das Baugewerbe gefällten Schiedssprüche. Für das Malergewerbe hat der vom Reichsarbeitsministerium bestellte Schlichter, Regierungsrat Tincauzer, einen Schiedsspruch gefällt, wonach die Löhne der Maler im ganzen Reich um 16 Proz. herabgesetzt werden sollen. Die so gekürzten Löhne sollen bis zum 28. Februar 1933 Gültigkeit haben.

Es klingt zwar unglaublich, aber die Unternehmer haben diesen Schiedsspruch sofort abgelehnt, weil der Lohnabbau ihnen noch nicht weit genug geht! Die Berliner Innungsmeister halten an ihrem Lohnabbaudiktat fest, durch das sie die Löhne eigenmächtig von 1,25 auf 1 Mark herabgesetzt haben, während nach dem Schiedsspruch der Spitzenlohn der Maler in Berlin auf 1,05 M. zu stehen kommen würde.

Die Funktionäre der freigewerkschaftlich organisierten Berliner Maler haben am Donnerstag den Schiedsspruch nach heftiger Kritik an der unverantwortlichen Lohndruckpolitik des Reichsarbeitsministeriums angenommen, weil sie angesichts der Tatsache, daß im Malergewerbe immer noch 83,5 Proz. der Berufsangehörigen beschäftigungslos sind, einen offenen Kampf gegen diesen Lohnabbau für aussichtslos halten. Mitbestimmend für die Haltung der Funktionäre war aber auch die bedauerliche Tatsache, daß sich leider viele „unorganisierte" und auch zur RGO. gehörende Maler bereit gefunden haben, zu den von den Berliner Innungsmeistern diktierten Löhnen Arbeit anzunehmen!

Der Streik in den Wurstfabriken

Die Front der Unternehmer wankt.

Die Arbeitsniederlegung in den Berliner Wurstfabriken vollzog sich in mustergültiger Weise. Die Stimmung der Streikenden ist glänzend. Mit dem heutigen Tage werden noch einige Betriebe, wo bis jetzt die Arbeit nicht niedergelegt worden ist, ebenfalls in den Streik treten.

Die entschlossene Haltung der Streikenden hat zu einem Abbröckeln der Unternehmerfront geführt. Sieben Firmen (Hammerschmidt, Litauer Straße, Westheimer, Neue Jakobstraße, Robert Lange, Krautstraße, Großmann u. Fisch, Lindenstraße, Fleischwerke Hohrechtsfelde, W. Berow, Weißensee sowie die Wurstfabrik des Gewerkschaftshauses) mit rund 200 Beschäftigten haben die Forderungen der Streikenden bewilligt. Die bestehenden Löhne werden bis zum 31. Oktober 1932 ungekürzt weitergezahlt. Die Bestimmungen des Manteltarifvertrages bleiben bis zum 31. Mai 1933 in Geltung.

Die Solidarität der Streikenden wird ihre Wirkung auf die organisierte Arbeiterschaft Berlins nicht verfehlen. Sie wird sie in ihrem berechtigten Abwehrkampf in der ausgiebigsten Weise unterstützen.

Zum Streik der Steinsetzer.

Vermittlungsversuch des Schlichters.

Am Donnerstag ist beim Schlichter für den Bezirk Brandenburg über den Antrag der Berliner Steinsetzmeister verhandelt worden, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären, der die Stundenlöhne um 33 bis 35 Pf. herabsetzen will. Der Schlichter machte den Versuch, die Parteien zum Abschluß einer freien Vereinbarung zu bewegen, was ihm aber infolge des starren Festhaltens der Unternehmer an den Lohnsätzen des Schiedsspruchs nicht gelang. Eine Entscheidung über den Antrag der Unternehmer traf der Schlichter noch nicht; er wollte offenbar den bisherigen Tarifparteien Gelegenheit geben, nochmals in den letzten Verhandlungen den Versuch einer Verständigung zu unternehmen.

Die Streiklage ist nach den Berichten, die gestern vormittag in der Streikversammlung im Gewerkschaftshaus gegeben wurden, noch völlig unverändert. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, befinden sich sämtliche Berliner Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter im Ausstand. Von irgendwelchen Beschlüssen nahm die Versammlung angesichts der ungeklärten Situation Abstand. In der Diskussion wurde lediglich der Lohnkommission nahegelegt, bei neuen Verhandlungen mit den Unternehmern keine freie Vereinbarung abzuschließen, die nur mit wenigen Pfennigen von den Lohnsätzen abweicht, die in dem Schiedsspruch festgelegt sind. Am Montagvormittag ist im Anschluß an die Auszahlung der Streikunterstützung im Gewerkschaftshaus wieder eine Streikversammlung.

Schiedsspruch für Werkstein- und Grabmalbranche.

Für die Arbeiter in den Betrieben der Berliner Werkstein-, Marmor- und Grabmalbranche ist am Donnerstag vom Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt worden, der die Löhne in den verschiedenen Lohngruppen ganz erheblich, teilweise bis zu 18 Proz., heruntersetzt. Die Arbeiter dieser Branche nehmen am Mittwoch nächster Woche in einer vom Zentralverband der Steinarbeiter einberufenen Versammlung zu diesem Schiedsspruch Stellung. Zeit und Ort dieser Versammlung werden am Sonntag im Inseratenteil des „Vorwärts" durch die Ortsverwaltung des Steinarbeiterverbandes noch bekanntgegeben.

Zu weit vorgewagt.

Nach dem Ultimatum an die graphischen Hilfsarbeiter.

Unter dem Einfluß gewisser Syndizi und Generaldirektoren, die den Beweis erbringen wollten, daß sie nicht zu Unrecht ihre hohen Gehälter bekommen, haben die Buchdruckereibesitzer das bekannte Ultimatum an die graphischen Hilfsarbeiter gestellt, sich bis Donnerstagabend mit dem Lohnabbau bis 12 Proz. einverstanden zu erklären; widrigenfalls allgemein gekündigt werden würde. Die graphischen Hilfsarbeiter haben das Ultimatum rundweg abgelehnt. Darauf ist — nichts erfolgt. Oder vielmehr es wird nun erfolgen müssen, daß in neuen Verhandlungen der alte Lohntarif wie bei den Buchdruckern verlängert wird. Einstweilen bleiben die bisherigen Lohnbedingungen unverändert in Kraft.

Freie Lehrergewerkschaft in Berlin.

Der Verbandstag der Freien Lehrergewerkschaft wurde am Freitag abgeschlossen. Die Leitung des Verbandes wird künftig in Berlin konzentriert. Verbandsvorsitzender bleibt Landtagsabgeordneter Schallock. Die „Opposition" fiel mit ihren Anträgen bei dem Verbandstag glatt ab. Die Tagung fand ihren Abschluß mit der Annahme eines Aufrufs, worin nach einer sachlichen Kritik an den Notverordnungen, die auch die Schulen scharf in Mitleidenschaft gezogen haben, alle nicht freigewerkschaftlich organisierten sozialistischen Lehrer aufgefordert werden, zusammen mit der Freien Lehrergewerkschaft in der Front der freien Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen.

Im Kölner Holzgewerbe kam es vor dem Schlichtungsausschuß zu einer Vereinbarung, nach der ab 18. Mai der Stundenlohn des Facharbeiters 1 M. beträgt. Angelernte erhalten hiervon 92 Proz., Hilfsarbeiter 85 Proz., Hilfsarbeiterinnen 55 Proz. Der Urlaub wird als Notmaßnahme für das Jahr 1932 mit drei Fünfteln abgegolten. Das Lohnabkommen läuft bis 31. Dezember 1932.

Poststreik in Griechenland.

Athen, 20. Mai.

In der Nacht zum Donnerstag sind die Beamten des Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienstes mit wenigen Ausnahmen in ganz Griechenland wegen Gehaltsstreitigkeiten in den Streik getreten.

Die Regierung hat die Verhaftung der Streikleitung angeordnet und die Dienstentlassung aller streikenden Beamten verfügt.

Da die Drohung mit Entlassung aller Streikenden ihren Zweck verfehlt, wurde die Mobilmachung der streikenden Beamten und Angestellten angeordnet. Die Vorstände der Arbeiterverbände befassen sich mit der Absicht eines Sympathiestreiks.

SPD.-Fraktion Krankenhaus im Friedrichshain. Versammlung am Dienstag, 24. Mai, 19½ Uhr, bei Bullschmidt, Friedenstraße. Vortrag: „Nach den Preußenwahlen", Genosse Hertz. Buchkontrolle.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Sonnabend, 21. Mai, finden folgende Veranstaltungen statt: **Gruppe Pankow.** Zeitfahrt nach Brieselang. — **Gruppe Arnswalder Platz:** Wir gehen in Brieselang. — **Südosten:** Jugendheim Reichenberger Straße 66. Elternabend. Beginn 20 Uhr. — **Jugend- und Elternabend:** Jugendheim Berlin NO., Lehdiner Straße 15—19. Beginn 20 Uhr.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt, Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 68 Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen.

Vergleiche! OPEL: niedrigste Ersatzteilpreise!
OPEL SCHON VON RM 1890 AN / AB WERK RÜSSELSHEIM AM MAIN

Zum Gosener „Spreewald“

Man muß nicht immer in den Spreewald fahren, wenn man Spreewaldlandschaft kennenlernen will. In der nächsten Nähe der Weltstadt gibt es ähnliche Landschaften, die mit geringstem Kosten- und Zeitaufwand erreicht werden können. Wir fahren mit der Eisenbahn nach Wilhelmshagen. Interessant ist hier die Ortsanlage: Alle Straßen gehen nach Süden radial vom Bahnhof ab. Die Querstraßen, die diese strahlenförmigen Straßen verbinden, bilden Kreise, deren Mittelpunkt der Bahnhof ist. Wir wandern nun in südlicher Richtung nach Hessenwinkel zum Ufer der Spree. Hier lassen wir uns übersetzen und wandern auf herrlichem Waldwege weiter in südlicher Richtung zur Försterei Fahlenberg, die am Gosener Graben liegt. Hier haben wir unser „Spreewaldgelände“ erreicht. Wenn wir die Chaussee überschreiten, die Müggelheim mit Gosen verbindet, finden wir das idyllisch am Wasser gelegene Gasthaus Fischerhütte. Der Gosener Graben stellt die Verbindung her zwischen der Müggelspree und dem Seddinsee. Zwischen Wiesen und dunklem Wald schlängelt er sich dahin. Klar ist oft sein Wasser, so daß man den reichen, manchmal zu reichen Pflanzenwuchs auf seinem Grunde beobachten kann. Seitenkanäle zweigen sich ab, die leider immer mehr verlanden und schließlich unbefahrbar werden. Das ganze Gebiet, das zwischen Gosen, Neu-Zittau, Erkner und dem Dämeritzsee liegt, ist tatsächlich ein kleiner Spreewald für sich. Es ist der Rest eines breiten Seebeckens, das im Laufe der Jahre austrocknete. Die Rinnsale, die es durchziehen, sind der spärliche Rest der einstigen großen Wasserflut. Auch der Spreelauf hat ja im Laufe der Jahrtausende manche Veränderung erfahren. Geologische Beobachtungen zeigen z. B., daß die Spree, die heute südlich von Rahnsdorf fließt, früher auch nördlich von der Stelle der heutigen Siedlung vorbeigeflossen sein muß. Nun wandern wir über die Straßenbrücke hinweg nach Gosen. Von der Chaussee aus haben wir einen guten Blick über das rinnsaldurchflossene Gelände. Gosen selbst ist von zwei Straßen durchschnitten, die im Innern des Dorfes ein regelmäßiges Kreuz bilden und den Ort in vier fast gleichmäßige Teile zerlegen. Das im Sommer viel besuchte Dorf wurde 1754 von Friedrich II. gegründet, der hier Pfälzer ansiedelte. Noch heute hat es den Charakter eines bodenständigen Ackerbauer- und Fischerdorfes behalten. Die Bewohner, Männer und Frauen, verstehen es meisterhaft, ihre Kähne durch das Wasser mit Hilfe der langen Stakstange zu treiben. Südlich von Gosen dehnt sich der stark verlandete Wernsdorfer See. Zwei Wege können nunmehr zur Heimkehr benutzt werden. Man geht entweder über den Gosener Berg, den die leider mißlungene Schillerwarte verunziert, nach Schmöckwitz, von

Eingang zum Gosener Graben

wo man mit der Straßenbahnlinie 86 oder auch mit dem Dampfer zurückfahren kann, oder man wandert weiter um das Gosener „Spreewaldgebiet“ herum nach Neu-Zittau, das ebenfalls 1754 angelegt wurde. Hier wenden wir uns nach Norden. Die Chaussee verläuft durch die weiten Spreewiesen nach Erkner. Von hier führt die Bahn nach Berlin zurück.

Weglängen: Wilhelmshagen—Gosen 4½ Kilometer, Gosen—Schmöckwitz 5 Kilometer, Gosen—Neu-Zittau—Erkner 6 Kilometer, Gesamtweglänge 9½ bis 10½ Kilometer.

Einbruch nach Maß.

Ein ganz neuer und raffinierter Trick.

„Hier ist eine Vierzimmerwohnung zu vermieten!“ Auch über den April hinaus finden in Berlin in den Sommermonaten zahlreiche Umzüge statt, und so hat mancher Hauswirt die Vermietungsschilder bereits vor dem Auszug der Mieter an die Haustür gehängt. Das hat eine Einbrecherkolonne nicht schlafen lassen, und sie ist auf einen raffinierten Trick verfallen.

Beim Hauswirt klingelt es. Er öffnet, und vor ihm steht ein sehr würdig aussehender, gut angezogener Herr, der vielleicht seine 40 bis 50 Jahre zählen mag. Er ist hoch gewachsen, hat blondes, graumeliertes Haar und bewegt sich sehr vornehm. Kurzum, er wirkt durchaus vertrauenerweckend. Freilich, in seiner Begleitung befindet sich ein weibliches Wesen, das alles andere als einen guten Eindruck macht. Gesicht und Sprache sind ordinär, die Kleidung ist mehr als auffallend. Aber was hat das groß zu sagen? Aeltere Herren haben manchmal einen eigentümlichen Geschmack. Daß der feine Eindruck, den der Kavalier macht, nicht täuscht, darauf wird man sich wohl verlassen können. Dieser erkundigt sich auch nach der freiwerdenden Wohnung und bittet, sie besichtigen zu dürfen. Das wird gerne gewährt, und der liebenswürdige Herr zeigt ein reges Interesse. Er blickt in alle Ecken und Winkel, er mißt sogar die Zimmer aus, er sieht sich genau den Flur und die Tür an, er läßt sich in den Keller führen und klettert hinauf auf den Boden, alles gefällt ihm gut. Der Hauswirt ist glücklich, die Wohnung scheint ihm so gut wie vermietet, und das Paar verspricht, in wenigen Tagen von sich hören zu lassen.

Das ist auch geschehen. Freilich nicht so, wie es sich der Hauswirt gewünscht hatte. Denn nach einigen Tagen war in die Wohnung, die so aufmerksam besichtigt worden war, gleichsam nach Maß eingebrochen. Die Gelegenheit und das Wie und Wann waren ja genau genug ausbaldowert worden. Führt man eine Unterhaltung geschickt, dann ist es leicht herauszubekommen, wann diese oder jene Partei nicht zu Hause ist. Die Beute war nicht gering. So fielen dem Paar und seinen Komplicen in der Innsbrucker Straße nicht weniger als 3000 M. Bargeld in die Hände. Die Einbrecher waren vom Flurfenster auf einen kleinen Balkon und von dort in die Küche gestiegen. In der Bamberger Straße erbeutete die Kolonne für 6000 M., in der Stübbenstraße für 3000 M. Werte. Aus Schöneberg wurden weitere fünf Einbrüche gemeldet, bei denen immer zuvor der „feine Herr“ als kommender Mieter erschienen war. Inzwischen sind auch aus Charlottenburg neue Einbrüche gemeldet, die nach dem gleichen erfolgreichen Schema ausgeführt wurden.

Die Inspektion II 1 im Polizeipräsidium fahndet jetzt mit Eifer nach der Diebesbande und erbittet die Hilfe des Publikums.

Rätsel um ein Auto.

Blutflecke im gestohlenen Wagen. — Fahrlässigkeit oder Verbrechen?

In der Sedanstraße in Weißensee wurde am Freitag eine führerlose Opellimousine aufgefunden. Die Polster des Wagens waren stark mit Blut bespritzt. Wie von der Polizei sehr bald festgestellt werden konnte, war das Auto seinem Besitzer, dem Fouragehändler Meyerhardt aus Halensee, am Donnerstagabend in der Neuen Friedrichstraße gestohlen worden. M. hatte im Hause Nr. 80 eine Besorgung zu erledigen, und als er nach einiger Zeit wieder auf der Straße erschien, war der Wagen verschwunden.

Bald nach Auffindung der Limousine wurden hinter einem Zaun in der Greifswalder Straße 97 blutige Kleidungsstücke sowie Teile und Schrauben eines Autos entdeckt. Man brachte diesen neuen Fund mit der gestohlenen und blutbefleckten Limousine in Zusammenhang, und die sofort angestellten polizeilichen Nachforschungen bestätigten die Vermutung. Hinter dem Bretterzaun lag ein modefarbener Damenstaubmantel, ein heller Damen- und ein brauner Herrenhandschuh und einige Taschentücher. **Alle Sachen waren stark mit Blut durchtränkt.** Da der Verdacht nahe lag, daß eine Bluttat begangen worden sei, wurde Kriminalkommissar Stiller von der zweiten Reservemordkommission mit den weiteren Ermittelungen beauftragt. Dabei stellte sich heraus, daß der Wagenbesitzer in der Seitentasche neben dem Führersitz des Autos stets eine scharfgeladene Pistole mit sich führte. Diese Waffe konnte nicht gefunden werden. Die Polizei kombiniert zunächst so, daß die Autodiebe, vermutlich junge Burschen, in dem gestohlenen Wagen ihre Freundinnen mitgenommen haben. Als einer der Burschen unterwegs die Taschen des Autos durchsuchte, fand er die Pistole, die sich offenbar beim unvorsichtigen Hantieren entlud. Wahrscheinlich ist die Kugel einer der Begleiterinnen in den Körper gedrungen. Was dann weiter geschehen ist, ist zunächst noch rätselhaft.

Andererseits ist auch die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß die Polizei auf die Spur eines Kapitalverbrechens gekommen ist.

Wie mit FD-Zug.

60-Meter-Schienen auf der neuen Wannseebahnstrecke.

Auf Grund der Erfahrungen, die bei den elektrisch betriebenen Stadtschnellbahnen gemacht worden sind, geht die Reichsbahn schon jetzt dazu über, auf der Wannseebahn die Gleise und die Streckenverhältnisse so zu verbessern, daß ein ruhiger Lauf der elektrischen Züge erreicht wird. Zu dem Zwecke wird der teilweise noch vorhandene ältere Oberbau durch Reichsbahnoberbau modernster Bauart, wie er auf den dem internationalen und dem F.D.-Zugverkehr dienenden Strecken verwendet wird, erneuert. Die Länge der Schienen, die bei diesen 30 Meter beträgt, wird hier versuchsweise durch Verschweißen zweier Schienen sogar auf 60 Meter gebracht. Ebenso wird der auf der Wannseebahn schon vorhandene Reichsbahnoberbau älterer Bauart mit Schienen von 15 Meter Länge in gleicher Weise dadurch verbessert, daß vier Schienen von je 15 Meter Länge zu 60 Meter miteinander verschweißt und andere Mängel beseitigt werden. Auch die Weichen werden durch neue modernere ersetzt. Die Wannseebahn wird also Ende d. J. den modernsten Oberbau nicht nur in Deutschland, sondern in der Welt aufweisen.

Ab Sonntag Sommerfahrplan!

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag um Mitternacht oder 0.00 Uhr, tritt bei der Deutschen Reichsbahn der Sommerfahrplan in Kraft. Der neue Sommerfahrplan bringt wieder eine Reihe wichtiger Neuerungen. Für die Sommermonate sind wieder zahlreiche Saisonzüge vorgesehen, wichtigstes Merkmal des neuen Fahrplans ist aber die Tatsache, daß eine große Anzahl der Schnell-, Eil- und Personenzüge z. T. wesentlich beschleunigt werden. Pfingstreisende, die noch mit der bis zum 23. Mai, 24 Uhr, geltenden Festtagsrückfahrkarte unterwegs sind, müssen sich für die Rückfahrt nach den neuen Fahrplänen richten, wenn diese am 22. oder 23. Mai ausgeführt werden sollen. Der Fahrplanwechsel, der im allgemeinen alljährlich am 15. Mai stattfindet, wurde in diesem Jahre mit Rücksicht auf das Pfingstfest um eine Woche hinausgeschoben. Der starke Pfingstverkehr mit seinen Hunderten von außerplanmäßigen Einsatzzügen ließ einen Fahrplanwechsel unzweckmäßig erscheinen.

Mord nach sechs Jahren aufgeklärt.

Das eigene Kind erdrosselt und verscharrt.

Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, ein Verbrechen aufzuklären, das vor annähernd 6 Jahren verübt worden ist. Der Täter, ein 34 Jahre alter Arbeiter Albert H., ist festgenommen worden. Nach dem richterlichen Verhör ist Haftbefehl gegen ihn erlassen worden.

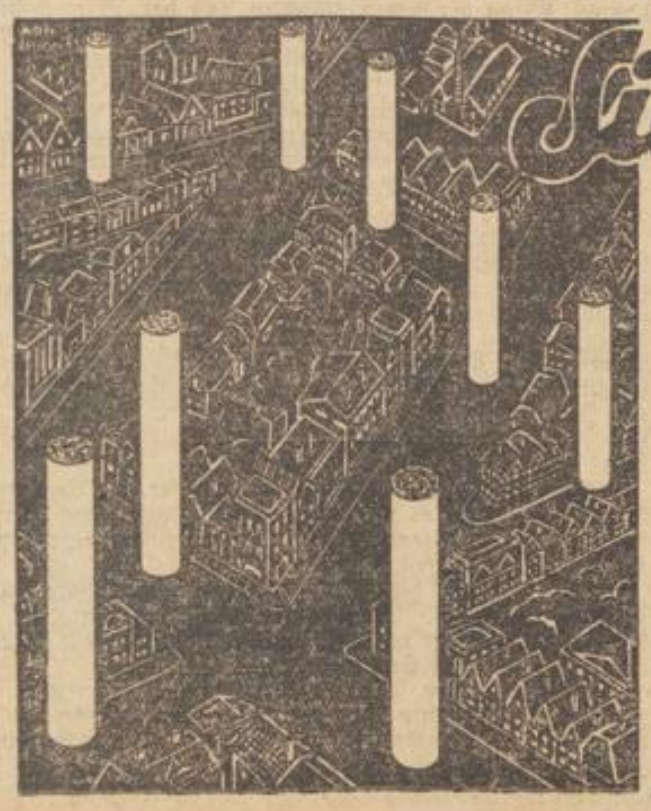
H. lebte mit seiner jetzigen Frau damals in wilder Ehe in der Kolonie Fuchswinkel bei Zühlsdorf bei Verwandten. Nachdem die Frau einem Kinde, einem Mädchen, das Leben geschenkt hatte, wollte H. wieder nach Berlin zurückkehren. Auf dem Wege nach der Stadt muß H. das Kind erdrosselt und verscharrt haben. Bei seinem Verhör behauptete er, daß das schwächliche Neugeborene unterwegs plötzlich gestorben sei und er es kurzerhand begraben habe, um allen Scherereien aus dem Wege zu gehen. Das soll aber nach Zeugenaussagen nicht den Tatsachen entsprechen, da das Kind kräftig entwickelt und völlig gesund war.

Bei Zühlsdorf ist gestern von der Polizei mit dem Kindesmörder nach der kleinen Leiche gesucht worden. Die Aktion verlief jedoch ergebnislos.

Selbstmord eines Direktors.

Aus bisher noch nicht geklärten Gründen hat gestern der 48 Jahre alte Direktor Hermann Kamp in seiner Wohnung in der Württembergallee 25 in Charlottenburg Selbstmord durch Erschießen verübt. K. war Vorstandsmitglied der Carl Flohr A.-G. und der Demag-Aktiengesellschaft in Duisburg. Angehörige fanden den Lebensmüden mit einem Kopfschuß in seinem Arbeitszimmer tot auf.

Billiger Sonnabend im Zoo. Am heutigen Sonnabend, 21. Mai, kostet von 14 Uhr ab der Eintritt in den Zoologischen Garten für Erwachsene nur 50 Pf., für Kinder unter 10 Jahren nur 25 Pf.; dieselbe Ermäßigung gilt für das Aquarium.



Sie treffen mich täglich auf allen Wegen!

Millionen bekennen sich zu

JUNO,

der guten, aromatischen Josetti-Cigarette, und verzichten auf Gutscheine, Wertmarken oder Stickereien, da sie in „Juno“

das Ideal einer Qualitäts-Cigarette

sehen, die keinerlei Zugaben braucht.

„Juno“ hält strengster Kritik stand!

Goldgrube Devaheim

Geheimkonten des Pfarrer Cremer — Wie man sich die Taschen füllte

Die vorläufige Vernehmung der Angeklagten im Devaheim-Prozeß wurde gestern abgeschlossen. Was man während der zwei Verhandlungstage zu hören bekommen hatte, war einfach sensationell. Der Devaheim-Konzern war wenigstens für einen Teil der Angeklagten zu einer Goldgrube geworden. Man bereicherte sich auf jede erdenkliche Weise. Statt einer Kontrolle gab es Geheimkonten, statt sparsamer Bewirtschaftung Verschleuderung öffentlicher und genossenschaftlicher Gelder.

Ein äußerst interessantes Kapitel der Anklage bildet die Behandlung der

amerikanischen Auslandsanleihe in Höhe von 2 500 000 Dollar,

deren Treuhänderin die Hilfskasse der Gemeinnützigen Wohlfahrtsverbände Deutschlands D. m. b. H. war. Pfarrer Cremer gibt Aufschluß über die Aufgaben dieser Hilfskasse, verkürzt Hika genannt, und über die Rolle, die er darin gespielt hat. Die Hika wurde im Jahre 1923 aus den fünf Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege des Zentralausschusses der inneren Mission, der katholischen Karitas, Zentralrats der deutschen Juden, dem Deutschen Roten Kreuz und dem sogenannten Langstein-Verband gebildet. Sie war vom Reich anerkannt und erhielt auf Grund des Reichsfinanzausgleichs Gelder zur Bezahlung von Gehältern, die eigentlich für die Kommunen bestimmt waren. Das geschah, weil diese Wohlfahrtsverbände kommunale Aufgaben erfüllten. Die Gelder gingen der Hilfskasse zu, diese verteilte sie unter die Spitzenverbände, und von hier aus flossen sie dann den einzelnen Institutionen zu. Dr. Cremer war Bevollmächtigter des Zentralausschusses der Inneren Mission für die Auslandsanleihe, er war auch vom Jahre 1928 ab Aufsichtsratsmitglied und Mitgeschäftsführer der Hika. Die Gelder der Auslandsanleihe waren zweckgebunden, sie waren bestimmt für gemeinnützige Unternehmungen. Der Verteilungsausschuß bestand aus Pfarrer Cremer, Dr. Mumm, Dr. Liebchen und dem amerikanischen Bevollmächtigten, dem Rechtsanwalt Wronker-Flatow. Diesem gehörte bei der Verteilung der Gelder ein Vetorecht. Dem Rechtsanwalt Wronker-Flatow dürften wegen der Geschäftsführung der Auslandsanleihe, die neben der Hilfskasse ein selbständiges Dasein führte, nicht gefallen haben. Er setzte als seinen Vertrauensmann den jetzigen Angeklagten Claussen hinein, der von nun an die Verwaltung der Auslandsanleihe unter sich hatte. Claussen erklärte heute, daß er in der Auslandsanleihe ein vollkommenes Chaos vorfand. **60 Prozent der bewilligten amerikanischen Gelder waren fehlgeleitet worden.** Wenige Tage vor Uebernahme der Auslandsanleihe durch ihn habe sein Vorgänger, der Buchhalter Otto, eine Anzahl Unterlagen einfach entfernt; sie seien vom Angeklagten Claussen erst später gefunden worden. Es waren Gelder gegeben worden, ohne Anerkenntnisse, ohne Quittungen und ohne Sicherungen, es bestand in vielen Fällen keine Möglichkeit, die Gelder zurück zu erhalten. Die Hilfskasse sei bereits damals dem Konkurs nahe gewesen. Ueber alle diese Dinge will der Angeklagte Claussen sämtliche Instanzen innerhalb des kirchlichen Kreises verständigt haben, ohne daß auch nur das geringste unternommen worden sei.

Tolle Zustände.

Der Angeklagte Claussen hatte seine Hände im Spiele in der Affäre Lohmann. Dieser Fabrikbesitzer, Schwager des Rechtsanwalts Wronker-Flatow, befand sich in Geldverlegenheiten. Claussen wandte sich an Wilhelm Jeppel mit der Bitte, Lohmann 200 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Man einigte sich dahin, daß man von den 1 500 000 Mark, **die die Baugenossenschaft von der Abteilung Auslandsanleihen zu erhalten hatte, 200 000 Mark Lohmann als Darlehen zukommen ließ.** Als die Rückzahlung fällig war, konnte dieser nicht zahlen. Jeppel machte Claussen den Vorschlag, daß Lohmann einen Entschuldungsvertrag eingehe, und durch entsprechende Manipulationen erreichte man, daß die Heimstättenbank an die Baugenossenschaft für die an Lohmann gewährten 200 000 Mark zuerst 180 000, dann 50 000 Mark zahlte. Mit diesen 50 000 Mark wurde das Privatkonto Jeppels bei der Heimstättenbank erkannt. Jeppel behauptet, daß er die Gelder als Schmiergelder verbraucht habe.

In einem anderen Falle hat sich der Pfarrer Cremer mit 20 000 Mark auf Kosten des Provisionskontos der Deuzag bereichert.

Aus dem Ivag-Vertrage von über 11 000 Mark standen dem Werbeleiter Seul 55 000 Mark Provision zu. Jeppel erreichte es, daß Seul auf einen Teil dieser Provision zugunsten des Propagandafonds der Devaheim verzichtete; sie wurden aber nicht diesem gutgebracht, sondern in Höhe von 20 000 Mark dem Pfarrer Cremer überwiesen. Was sagt nun dieser vor Gericht? Er habe 20 000 M. für Verpflichtungen benötigt, die er näher nicht bezeichnen wolle und habe Jeppel gebeten, ihm das Geld zu besorgen. Er sei überzeugt gewesen, daß Jeppel ihm diese Summe aus seinen Privatmitteln zur Verfügung gestellt habe.

Und schließlich die **Geheimfonds und die Autoverkäufe des Pfarrers Cremer.** Pfarrer Cremer war Geschäftsführer der Hilfskasse und Schatzmeister des Zentralausschusses. Unter Umgehung des Leiters der Wohlfahrtsabteilung im Zentralausschuß verfügte er am 15. April 1920, daß zwei Geheimkonten, das eine auf 30 000 Mark, das andere über 150 000 Mark eingerichtet würden. Diese Geheimkonten verwaltete er in der Nachfolgezeit selbständig und erhob verschiedentlich große Summen. Die Unterlagen über die von ihm erhobenen Gelder hat er im Jahre 1930 vernichtet. Vor Gericht erklärte er, daß dies geschehen sei, nachdem die Konten von zwei Herren geprüft worden seien, und daß die von ihm erhobenen Gelder als Reisegelder für ihn und andere Herren, wie auch zu gemeinnützigen Zwecken verwandt worden seien.

Mitte nächster Woche werden die ersten Zeugen zu Worte kommen.

Versuchter Anschlag auf einen Zug.

Bischofswerda, 20. Mai.

Die Beamten des auf der Strecke nach Burkau verkehrenden Frühzuges bemerkten am Donnerstag auf der etwa 300 Meter vor der Station befindlichen Eisenbahnbrücke einen Brand, der den Lattenbelag und die Brückenschwellen ergriffen hatte. Als man das Feuer gelöscht hatte, fand man auf dem hölzernen Brückenbelag eine Zündschnur. Man hat weiter festgestellt, daß der Brand von einer Explosion herrührte, die mit Sprengstoff bewirkt worden war. Bisher hat man noch keine Spur von den Tätern. Die Sprengung und das Feuer hatten zum Glück nur geringe Wirkung, so daß der Eisenbahnverkehr in keiner Weise gestört worden ist. Vom Dresdener Reichseisenbahnbetriebsamt sind für die Aufklärung des Anschlages 200 Mark Belohnung ausgesetzt worden.

Siebenjähriger im Kanal ertrunken.

Beim Spielen an der Böschung des Verbindungskanals in der Sickingenstraße in Charlottenburg stürzte gestern abend der sieben Jahre alte Harry Schulze aus der Huttenstraße 35 ins Wasser. Ein junger Mann, der den Vorfall beobachtet hatte, sprang dem Kinde sofort nach und es gelang ihm, den Jungen zu fassen und an Land zu bringen. Der Verunglückte wurde durch die Feuerwehr ins Krankenhaus gebracht, wo er jedoch bald nach seiner Aufnahme trotz aller Bemühungen der Aerzte starb.

Gemeinschaftsfahrt nach Hamburg.

Der Wohlfahrtsausschuß des Betriebsrats im Polizeipräsidium Berlin hat in Gemeinschaft mit der Arbeiterwohlfahrt des 12. Kreises, Steglitz, eine dreizehntägige Fahrt auf dem Motorkabinenschiff „Baldur" nach Hamburg abgeschlossen. Dem Bedürfnis nach einer besonders preiswerten und angenehmen Erholungsmöglichkeit während des Urlaubs dürfte durch diese Veranstaltung entsprochen werden. Sämtliche Beamte, Angestellte und Arbeiter des Polizeipräsidiums sind teilnahmeberechtigt. Die nur für Erwachsene zugängliche Fahrt beginnt am Montag, dem 20. Juni, 11 Uhr, in Spandau, Lindenufer, und endet am Sonnabend, dem 2. Juli, 13 Uhr, dortselbst. Der Preis beträgt 47 M. Mit dem angegebenen Preis sind abgegolten: Fahrt einschl. Uebernachtung (Bett) auf dem Schiff, zwölfmal Morgenkaffee, zehnmal Nachmittagskaffee ohne Zubrot, zehnmal Mittagessen (Fleischgerichte). Anmeldungen müssen bis spätestens 1. Juni bei Herrn Karl Schoenwetter, Berlin-Lichterfelde, Hindenburgdamm 71, erfolgen.

Auszeichnung tüchtiger Schupos.

Dem Polizeiwachtmeister Josef Metzner vom 284. Polizeirevier ist dieser Tage vom Polizeipräsidenten von Berlin wegen seines mutigen Verhaltens im Dienste seine ganz besondere Anerkennung ausgesprochen worden. Gleichzeitig hat Polizeipräsident Grzesinski dem Beamten eine Geldbelohnung zugehen lassen. Dem jungen Wachtmeister ist bereits einmal vom preußischen Innenminister Severing im Dezember 1930 eine Geldbelohnung anerkannt worden. Damals war es Wachtmeister Metzner gelungen, im Vorort Buch an der Strecke Stettiner Bahnhof—Bernau, weitab von den Siedlungen, nacheinander mehrere Vogelsteller zu verhaften, die in diesem Revier lange Zeit ihr Unwesen getrieben hatten. Das letzte Mal hat sich Metzner im Bucher Forstgelände hervorgetan, als er durch schnelles und energisches Zugreifen zwei schwer bewaffnete Burschen festnahm. Weiter erhielt eine Belobigung Polizeiwachtmeister Scharlau von der 4. Schupo-Inspektion. Sch. verhinderte am 24. Januar 1932 durch tatkräftiges Eingreifen beim Brande eines Privatautos die Explosion des Benzintanks. Außerdem wurden belobigt die Schupooberwachtmeister Zachert, Fischer, Buwert und Wachtmeister Manko von der 2. Berittenen Inspektion. Die Beamten zeigten in kritischer Situation bei der Auflösung eines Demonstrationszuges einer radikalen Partei ein derart umsichtiges Verhalten, daß der Polizeipräsident dieses Verdienst öffentlich besonders anerkennt.

Vizekönig Feissal in Berlin. Gestern mittag traf, vom Haag kommend, der zweite Sohn des Königs vom Hedschas und Nedschd, Vizekönig Feissal, nebst Gefolge im Flugzeug auf dem Tempelhofer Flughafen ein. Der Vizekönig wurde im Kraftwagen zum Hotel Adlon geleitet, wo er als Gast der Reichsregierung für die Dauer seines vermutlich bis Montag währenden Aufenthalts Wohnung nimmt.

Wetteraussichten für Berlin: Trocken, heiter, sehr warm, schwache Luftbewegung aus südlicher Richtung. — **Für Deutschland:** Im größten Teil des Reiches Fortdauer des trockenen, heiteren und warmen Wetters; nur im Nordwesten wolkiger mit Gewitterneigung.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Stets an das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Die Bezirksführer sämtlicher Abteilungen werden ersucht, alle Sammellisten mit ihrem zuständigen Abteilungskassierer umgehend abzurechnen.

Der Bezirkskassierer i. A.: Adolf Holz.

Am 20. Mai, vormittags, braune Aktentasche vergessen auf Postamt Gabelsbergerstraße, nahe Frankfurter Allee (Telephonzelle), mit Marken der Partei und Strichelbuch. Abzugeben bei Friedrich Salomon, Warschauer Straße 85, bei Schüler, IV.

7. und 8. Kreis. Juristische Sprechstunde findet heute nicht statt.

33. Abt. Flugblattverbreitung um 15½ Uhr im Lokal Lux.

56. Abt. Montag, 23. Mai, 20 Uhr, bei Beutel, Kaiser-Friedrich-Straße 63, Mitgliederversammlung. „Der Verbraucher und die Wirtschaftskrise." Referent Genosse Gropper. Die Bezirksführer laden ein.

97. Abt. Die Einladungen zur Abteilungsversammlung am 25. Mai können heute vom Genossen Rohr abgeholt werden.

Frauenveranstaltung.

89. Abt. Sonntag, 22. Mai, Besichtigung der Ausstellung „Sonne, Luft und Haus für Alle." Treffpunkt 13½ Uhr, Ring, Bahnhof Wilmersdorf-Friedenau.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Es werden für die Vorarbeiten am Uebersee fünf Helfer für den freiwilligen Arbeitsdienst gebraucht. Die Genossen werden gebeten, sich Montag gegen 17 Uhr in der Geschäftsstelle zu melden.

Kreuzberg: Der Singekreis tagt Montag, 17½ Uhr, im Heim Urbanstraße. Alle Abteilungen müssen vertreten sein.

Tempelhof: Unsere geplante Fahrt nach Brieselang muß vom 21./22. auf den 28./29. Mai verschoben werden, da die Herberge diesen Sonntag nicht frei ist.

Neukölln: Heute Helferzeitfahrt. Treffpunkt 16½ Uhr Bahnhof Neukölln. Unkosten etwa 30 Pf.

Köpenick: Die heute aus dem Zeltlager zurückkehrenden Falken kommen bei kühlem Wetter zwischen 18 und 19 Uhr, bei sehr warmem Wetter zwischen 21 und 22 Uhr zu Hause an. — **Gruppe Köpenick:** Der Restfalkenheimabend fällt am Montag aus.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

30. Abt. Unser Genosse Emil Reichmuth, Luchener Straße 96a, ist verstorben. Ehre seinem Andenken! Einäscherung Sonnabend, 13½ Uhr, Gerichtstraße. Rege Beteiligung erwartet die Abteilungsleitung.

84. Abt. Unser Genosse Werner Schellner hat infolge eines Unfalls durch Ertrinken im Ausland den Tod gefunden. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

121. Abt. Die Beisetzung des Genossen Quiß findet heute, 14¾ Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt.

Jan Hus. Der letzte Tag

13

Dieser Palecz, so heilig und augenseufzend er tut, ist ein gewissenloser Schaurer und Schuft, ein Zusager, aber kein Halter. Wo blieb die gehäufelte Hand voller Gold? Ich habe sie niemals gesehen. Eine Versammlung armseliger, grünspaniger Dickpfennige wurde daraus. Frau Anna konnte damit zwanzig dünngeratene Suppen kochen, gequetschte Gerste mit einem schleichenden Stück Fett drauf. Zu mehr langte es nicht. Bald haben die Krüppel wieder Hunger! Hunger! geschrien! Wenn ich um Nachschuß kam, sagte der Schurke: „Halt deine Gosch! Ansonst!" So zahlt sich die Welt aus. Solcher Dank ist der Pfaffen Lohn. Doch ich hab's mir mit Mastix hinter die Ohren gepicht und hab mich dahin besorgt, wo der Hus sitzt. Bei den Dominikanern war's, auf der Insel. Dort lag er im Turm. Eine bestunkene Gegend, es roch ärger als im Grabe des Lazarus. Wer durch will, muß sich vor lauter Mönchsdreck die Nase zuhalten. Ich hab sie mir zugehalten, was tut man nicht alles für seine Familie! Ich hab mit den Herren, mit den Stockknechten und mit Hus selber verhandelt. Gegen gute Bezahlung versteht sich. Ich habe die Wächter bestochen, so daß sie mir aus der Hand fraßen. Ich hab Schreibzeug eingeschmuggelt, Tinte, Pergament und Bücher, so viel ich nur wollte. Die Briefe und Zettel, die Hus schrieb, hab ich entgegengenommen und Peter, dem Notar, gegen entsprechendes Botengeld behandet. Aber zuvor hab ich in entlegener Kammer Abschriften von den Briefen gefertigt. Aus gutem Grund. Man weiß ja, wo Geld ist, ist der Teufel. Wo aber kein Geld ist, da ist der Teufel zweimal. Drum, als ich wieder einmal einen der Beelzebube austreiben mußte, habe ich diese Abschrift an die frommen Väter verhandelt. Sie schwirrten drauf, wie die Fliege auf Schmeiß, und als sie fertig waren mit Lesen, schauten sie sich an, als sei der Heilige Geist eine Kätnergans und nicht eine Taube. Ich habe mir eingebildet, diese Verhöckerung sei von meiner Seite aus ein Meisterstreich gewesen.

Ja, Katzenseich! Es war eine falsche Einbildung und meinerseits ein sehr dummer Streich. Denn von da an haben sie Hus an die Ketzerkette getan und ihm viel Wassers in die Tinte geschüttet. Aus war's mit dem Schreiben, aus war's mit dem Botschaften. Herr, Schöpfer der Welt, Spender der Güte, schaff Geld! Laß wenigstens Pfennige tröpfeln, wenn's nicht Talerregen sein kann! Wie hab ich mir nach neuer Einnahmequelle den Schädel zermartert! Die Finger wurden ganz blaß vom Saugen. Es ist nicht jeder Tag Fangtag, aber heute scheint er's zu sein. Ich muß mich nur hüten, auf die Steinfugen zu treten! Zagg, aufgepaßt, richte die Schritte so ein, daß der Fuß immer auf die Mitte der Platte trifft! Das war als Kind schon mein Glaube. Wenn ich das fertig kriegte, ging alles gut; wenn ich dagegen fehlte, strich mich die Rute. Lieber andere streichen, als selber gestrichen zu werden! In meinem Fall also heißt es, ungesäumt die Erbsen zur Aussaat stecken! Geht alles ordentlich auf, so hat die Alltagsschinderei ein Ende. Das Geld von der Stadt, von der Kanzlei des Königs und schließlich noch das von den Böhmen dazugelegt, da müßte es schon mit der Alraune zugehen, wenn sich damit nichts anschaffen ließe. Doch erst das Geld haben! Gewiß, die Sache, die ich jetzt bringe, ist gut. Die Frage ist bloß, wird sie dem Vogt, diesem Abknicker, wirklich fünfzig Gulden wert sein? Vielleicht findet er meine Forderung unverschämt. Er hat mir ja schon einmal ins Gesicht hinein gesagt, er könne meine Zeitungen wohlfeiler haben. „Wieso?" hab ich gefragt. Da hat er das Zahnfleisch freigelegt: „Du stinkender Haufen Mist, ich laß dich einfach auf die Folter spannen!" Es sollte zwar ein Witz sein, aber an seinen Augen hab ich gespürt, daß dieser Witz dichtauf beim Ernst vorbeistrich. Nein, alles was recht ist: ich möchte nicht in Daumenschrauben stecken! Wie war's damals mit dem schieligen Enderle, als sie ihn auf dem Kief hatten? Dem haben sie die Sehnen ausgeschält und auf Spulen gewickelt!

Nein, da will ich schon lieber zehn Gulden von vornherein ablassen und dem Vogt den Kram für rundaus vierzig anbieten. Vierzig Goldgulden sind ja auch eine schöne Stange Geld. Schätzungsweise ist es der Jahressold des Stadtschreibers, der gemeiniglich meine Aussagen ins Protokollbuch aufnimmt. Der wird vielleicht tückisch werden, wenn er meine Forderung hört. Er braucht ja dem Vogt bloß mit dem Auge zu blinzeln, und der Unsegen ist fertig. Höre, Zagg Zagula, alter Armbrüstzieler, es ist bestimmt besser, du forderst für deine Neuigkeiten nicht mehr als höchstens dreißig Gulden! Das ist immerhin noch ein ansehnlicher Pfrundsatz. Um diesen Schwung Geld zu verdienen, muß der Nachrichter zwanzig arme Sünder henken, und da braucht er gar manche Biegung ins Handgelenk, ganz abgesehen von dem zwanzigmaligen Marsch raus zum Galgen. Das wird mir auch der Säckler an der Stadtkasse vorrechnen. Es ist aussichtslos, daß ich dort bei dem Kneifzippigen mit meiner Forderung durchkomme. Wenn der seinen schlechten Tag hat, ist er imstand und läßt mich auf den Bock spannen. Dann krieg ich statt der dreißig Gulden dreißig mit dem Ochsenziemer auf die nackte Kerbe. Sei also noch bescheidener, Zagg, laß mit dir reden, mach's für fünfundzwanzig!"

Mit diesem Vorsatz betritt Zagula, eingeschriebener Kundschafter der guten und getreuen Stadt Konstanz, im Register der Späher mit Nummer 19 bezeichnet, die Räume der Stadtvogtei.

Der Eingangstür gegenüber hängt an der Tünchwand das höhnisch verzogene Gesicht eines Lällenkönigs. Der streckt jedem, der die Tür aufstößt, mit einem Bäffzlaut die Zunge bis zum Halsknoten heraus. Trotzdem Zagula dieses Verierwerks gewohnt sein könnte, erschrickt er doch jedesmal neu, wenn er in die grinsende Fratze schaut. Auch diesmal schüchtert ihn die häßliche Larve ein. Er nimmt den Schrecken als Schicksalsmahnung und beschließt, seine Forderung um weitere fünf Gulden zu verringern. Zwanzig also, aber dabei muß es bleiben!

Unaufhörlich quietschen die Türen. Hier, im Vorzimmer des Vogts, summt es wie bei einem Anflugloch der Bienen. Nur daß diese Märenträger hier keinen Honig anschleppen, sondern das Gegenteil, Unrat.

Zagg Zagula hegt manchmal ganz brauchbare philosophische Gedanken. Wenn es nichts Gesprochenes in der Welt gäbe, überlegt er, wäre die Weltschwäre heil; so aber eitert sie mit jedem Satz weiter.

Hustend kommt der schwindsüchtige Botenmeister ins Zimmer. Kundschafter Nummer 19 gibt das Kettlein mit der Metalltafel ab, das ihm jederzeit Empfang beim Vogt sichert. Dann setzt er sich auf einen Schemel.

(Fortsetzung folgt.)

Bäder u. Kurorte

Linz-Andernach.

Eine Rheinreise.

Wie eine Fjordlandschaft mutet das Stück Rhein von Linz, Niederbreisig bis Leutesdorf, Andernach an. Wuchtiger und einst mächtiger Mittelpunkt dieser Rheinpartie ist der ruinengekrönte Hammerstein, dessen Felsmassiv weit vorspringt in die Bahn des Flusses. Nichts schöner als eine Fahrt der Frühe in dieses romantische Stück Rheintal. Mit dem ersten Dampfer der Köln-Düsseldorfer von Linz stromauf. Um den Basaltkoloß der Erpeler Ley, der nördlich das Tal abriegelt, brodeln noch die Nebel, die ebenfalls über die Wiesen an der Ahrmündung tanzen und nur die Spitze der majestätischen Landskrone im Morgenlichte dem Auge freigeben. Wie ein schützender und beschirmender Paladin dominiert dieser edel geformte Berg mit seiner alten Ruine im unteren Ahrtale. Ueber der „goldenen Meile", dem fruchtbaren Landstrich von Remagen-Sinzig bis Niederbreisig, kreisen einige Taubenschwärme und von der gegenüberliegenden Seite her, wo die Raubvögel in den Felsen und Wäldern um Schloß Arenfels horsten, schießen Habicht oder Sperber pfeilschnell herunter, ihre Beute zu schlagen.

Die Schaufelräder des Dampfers schlagen ihr schäumendes Wasserlied in den Strom und als der Dampfer in Niederbreisig anlegt, dringen die ersten Strahlen der Morgensonne durch. Gegenüber, im Kohlensäuregebiet von Hönningen am Rhein, ragen Schornsteine und Bohrtürme auf. Burg Rheineck schaut vom Felsen hernieder und vor uns taucht hinter der Rheinbrohler Ley der markante vorspringende Hammerstein auf. Zuvor erkennt das geübtere Auge bei Brohl deutlich die Spuren und Merkmale eines Lavastroms, der sich hier, aus dem Kraterkessel des Fornischer Kopfs brodelnd, vor Jahrhunderttausenden einmal glühend in den Rhein ergoß. Und dann umfängt der alte Strom die mit knorrigem Baumwuchs bestandene Insel Hammerstein, die einmal ausersehen war, des Reiches Ehrenmal zu tragen. Und aus den gesegneten Weinbergen hebt sich schroff der Felsklotz des Hammersteins heraus. Er trägt die einst stärkste und wohl auch älteste Burg am Rhein, die jetzt Jugendherberge ist. Schon ums Jahr 1000 wird sie erwähnt und eine große Geschichte hat das alte Mauerwerk. Schweden, Spanier und Lotharinger stritten sich um den Besitz der mächtigen Burg auf dem hohen und sicheren Felsen. Traulich breitet sich zu Füßen der Feste das idyllische Winzerdorf Hammerstein aus, das mit dem uralten Leutesdorf die größte Weingemarkung am Mittelrhein bildet. Römer und Franken siedelten hier, wie alte Turmstrümpfe, Stadtmauerreste mit Schießscharten und Wehrgängen heute noch bekunden. Uebrigens zeigt sich hier, daß sowohl die Weißwein- als auch die Weißbrotgrenze heute noch gleich läuft mit dem alten römischen Limes, dem großen Grenzwall der von Rheinbrohl über Rengsdorf, Bendorf, Ems, Schwalbach, Salburg usw. verlief. Wie gesagt: Große Geschichte hier, überall. 1918, als unsere brave Armee heimkehrte, reihten sich hier Brücken an Brücken über den Strom.

Doch nun sind alle Vulkane erloschen, die Ritter sind verschwunden, ihre Burgen wurden Jugendherbergen und heute zieht der Fischer wieder friedlich seine Bahn über den Fluß, wie ehedem Römer und Franken.

Das Jodbad Tölz führt alljährlich, Sommer wie Winter, Tausende von Heilung- und Erholungsuchenden aus allen Gegenden des In- und Auslandes zusammen. Dieser Kurort im lieblichen Isarwinkel, von München in 80 Minuten mit Bahn oder Postauto bequem erreichbar, verbindet modernen, vornehmen Badebetrieb mit seinen sehenswerten Kuranlagen, vorzügliche Unterkunftsmöglichkeiten und idyllisch ländliche Geruhsamkeit. Der Kurgast trinkt morgens beim Konzert eines erstklassigen Kurorchesters in der neuen imposanten Trink- und Wandelhalle seinen Brunnen, er nimmt seine Bäder nach ärztlicher Vorschrift im zweckmäßig, neuzeitlich ausgestatteten Kurmittelhaus und lebt je nach Stimmung, Veranlagung und Geschmack ganz seiner Neigung.

Unsere werten

Postabonnenten

werden gebeten, das Bezugsgeld für den kommenden Monat zu bezahlen, sobald der Postbote die Quittung vorlegt, damit die regelmäßige Belieferung beim Monatswechsel keine unliebsame Unterbrechung erleidet. Für Abonnementserneuerungen nach dem 24. erhebt die Post eine Verspätungsgebühr von 20 Pf.

VORWÄRTS-VERLAG G. M. B. H.

Staatliches Nordseebad Norderney.

Die Eröffnung des Seewasser-Wellenschwimmbades, des einzigen am Meere, fand dieser Tag statt. Regierungspräsident Berghaus führte dabei über die Geschichte des Bades folgendes aus:

Im 18. Jahrhundert entstanden an der Nordsee die Badeorte, und als erstes darunter das Seebad Norderney. Aber schon bald nach der Gründung wurde durch Ereignisse von ganz seltenen Ausmaßen, nämlich die napoleonischen Kriege, das Werk, das im Entstehen war, abgetötet. Aber auch diese Zeiten am Anfange hat dieses Bad überwunden. Es ist lebenskräftig und lebensfähig geblieben, besonders durch die hannoversche Zeit hat das Bad einen großen Aufschwung erfahren. Die Gebäude, die Sie heute noch sehen, legen Zeugnis ab von der Tätigkeit der hannoverschen Verwaltung. 1866 kam das Bad an Preußen. Schon Ende des vorigen Jahrhunderts war die Gemeinde Norderney darauf bedacht, den preußischen Staat anzutreiben, den Dingen neue Form zu geben und das Ueberlebte zu ersetzen und dafür Besseres, Zeitentsprechenderes zu schaffen. Der Erfolg war mangelhaft. Und erst in der Zeit vor dem Kriege, als im preußischen Landwirtschaftsministerium ein Wechsel eintrat, wurden neue Hoffnungen lebendig. Dann kam der Krieg und danach die Inflation. Es trat infolgedessen ein Verfall aller Einrichtungen ein. Norderney verarmte. Da entschloß sich die Staatsregierung, das Bad an die Gemeinde Norderney zu verpachten. Die Gemeinde gründete darauf mit dem Norddeutschen Lloyd eine Betriebsgesellschaft. Es sei noch darauf hingewiesen, daß das, was man damals erhoffte, bald als Enttäuschung angesehen werden mußte. Die Armut ließ es nicht zu, Kapital zu investieren und neue Einrichtungen zu schaffen. So fiel dem preußischen Staat die Pflicht zu, mit seinem Pächter zusammen diese Reform durchzuführen. Ich darf mit Nachdruck darauf hinweisen, daß der preußische Staat seiner Pflicht in einem Ausmaße gerecht geworden ist, daß alle darüber erstaunt und verwundert sind. Als der preußische Landwirtschaftsminister nach hier kam und der Finanzminister das Projekt überprüft hatte, stellte es sich heraus, daß die Notwendigkeit für den Ausbau gegeben sei. Man war sich klar darüber, daß der Ausbau und die Entwicklung nur eine zielbewußte sein konnte. Man ging davon aus, das, was lebensfähig erschien, zu erhalten und auszubauen, und das, was diesen Ansprüchen nicht mehr genügte, zu beseitigen und durch neues zu ersetzen. Zuerst wurde das Große Logierhaus sowie das Konversationshaus ausgebaut und ausgestaltet. Die äußere Form ist geblieben, aber innen sind die Häuser so eingerichtet, daß sie der Zeit entsprechen. Das neue Wellenbad soll ein Helfer der Insel Norderney werden. Es ist das größte Inhalatorium, das überhaupt besteht.

Sauerland.

Der Sommerfrischenführer durch das Sauerland ist soeben erschienen. Er gibt ein übersichtliches Bild über die einzelnen Orte des Sauerlandes, die vorzugsweise für einen Erholungs- oder Wochenendaufenthalt in Frage kommen. Neben kurzen Angaben über den Ort selbst, seine Größe und seine Verkehrslage ist jeweils eine Aufstellung der Hotels, Gasthöfe und Pensionen mit einem Preisverzeichnis und den wesentlichsten Vermerken aufgenommen. Dem Führer ist eine Verkehrskarte des Sauerlandes beigegeben, die einen Ueberblick über Kraftlinien und Straßenbahnen ermöglicht. Gleichzeitig enthält der Führer eine Uebersichtskarte vom Sauerland, die die günstige Lage des Gebirges zu Rhein und Weser darstellt und an Hand deren man sich sehr leicht über die Lage der einzelnen Orte unterrichten kann. Als Herausgeber zeichnen wieder gemeinschaftlich der Sauerländische Gebirgsverein e. V., Iserlohn, und der Westfälische Verkehrsverband e. V., Sitz Dortmund.

Bad Lauterberg im Harz, Kneipp-Kurort. Wenig andere Kurorte enthalten auf verhältnismäßig engem Raume eine solche Fülle von Anmut und Behagen wie Bad Lauterberg im Harz, der leicht erreichbare, von Bergen umringte freundliche Kneipp-Kurort mit seinen ausgiebigen Kur- und Badeeinrichtungen, mit heilkräftigen Quellen, abwechslungsreichen Spaziergängen und der Gelegenheit zu größeren und kleineren Ausflügen und Bergbesteigungen. Die Bahn bringt von Scharzfeld, wo die Hauptstrecke Northeim—Herzberg—Nordhausen verlassen wird, die Gäste im viel geschwungenen Odertal nach Bad Lauterberg hinauf. Die Sommerkurzeit begann am 15. Mai. Die Kurtaxe ist um 65 Proz. ermäßigt. Es werden erhoben: für den Hauptkarteninhaber pro Tag 20 Pf. und für den Nebenkarteninhaber pro Tag 10 Pf.

Bad Aibling, das bekannteste Moorbad Bayerns, im Mittelpunkt des oberbayerischen Alpenvorlandes, bekannt durch die unübertroffenen Heilerfolge bei Frauenkrankheiten, Rheuma, Ischias, und Gicht, hat mit Rücksicht auf die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse Pauschal- und Vergünstigungskuren zu staunenswert billigen Preisen eingeführt. Die Preise der Vergünstigungskuren sind je nach Einkommen und Ansprüchen der Kurgäste abgestuft.

Mit M.-S. „Jan Molsen" nach Cuxhaven. Die Hafen-Dampfschiffahrt A.-G., Hamburg 3, Vorsetzer 53, unterhält auch in diesem Jahre regelmäßige Verbindungen zwischen Hamburg und Cuxhaven und hat hierfür die Dampfer „Jan Molsen" und „Reichspräsident" in den Dienst gestellt. Blankenese und Stadersand werden jeweils angelaufen. An einigen Sonntagen fährt der „Reichspräsident" auch von der „Alten Liebe" in Cuxhaven nach dem Kaiser-Wilhelm-Kanal. Interessenten wenden sich direkt nach Hamburg.

Bad Salzuflen
Teutoburger Wald
Herz – Rheuma – Nerven – Luftwege
28 Tage Vergünstigungskuren v. Mk. 216 an
28 Tage Pauschalkuren von Mk. 277 an
Nähere Auskunft d. Reisebüros u. Badeverwaltg.

Kurtaxe bedeutend ermäßigt
ZINGST
das beliebte Ostseebad westlich Rügen. Steinfreier idealer Strand. Warme medizinische Bäder. Kurkonzerte, Sport. Ausk. Badeverwaltung. Tel.: 25

HARZ - Landaufenthalt
Sommergäste f. frdl. Aufn., gute anerkannte Küche, erstes Haus am Platze. Preis 3,25 M. Keine Nebenkosten.
KARGES, Ortsvorsteher, 80.
Harriehausen bei Seesen.

Dein Reiseziel
Bad Schandau
im Herzen der Sächsischen Schweiz
Preisabbau / Prospekt Nr. A. 8 durch Kurverwaltung und Reisebüros

Berneck die Perle des Fichtelgebirgs
392-575 m. ü. d. M. Saison-April mit Oktober
Kneippbad und Luftkurort
Neuzeitl. Wasserkuranstalt für sämtl. Kneipp'schen Anwendungen • geschult. Badepersonal • ganzjähriger Betrieb • Vegetarische und Diätküchen • Rohkost • Schwedische Heilgymnastik • Massage • Kneippsanatorium Buba • erstklass. Haus • Kurarzt: Dr. med. Küll
Herrliche Waldungen und Promenaden, Terrainkuren, Licht-, Luft- u. Schwimmbad im Wald, Tennis- und Spielplatz, Kurhaus mit Konzert- und Lesesaal, große Wandelhalle. Kur-Kapelle Mai bis September, täglich Konzerte, Mittwoch und Samstag Tanzabend. Gute, preiswerte Unterkunft in Hotels, Gasthöfen und bei Privaten. Billige Pauschalkuren vom 1. 9. bis 1. 6. Prospekte u. Wohnungsliste unentgeltl. durch Städt. Kurverwaltung.

Ostseebad Misdroy
Villa Wald und See
1 Min. von Strand u. Hochwald
Vorzügl. Verpflegung. Vor- u. Nachsaison 4.— M. und 4.50
Hauptsaison 5.— M. und 5.50
Keine Zuschläge

Nordseebad Tönning
die herrliche Sommerfrische, die sich jeder leisten kann.
Sonniger Südstrand, gute Unterkunft, reichliche Verpflegung, Pension von 3 RM. ab, keine Kurtaxe. Führer und Wohnungsnachweis durch die Badeverwaltung, Markt 11.

Bad Grund im Oberharz
Höhenkurort u. Heilbad

Bad Elster
Kurheim Villa Jugel
für Parteigenossen und Republikaner Pauschalkuren, billigste Preise. Ruf 112.
Alwin Jugel.

Sommerfrische Schöna
(Sächs. Schweiz)
empfiehlt sich bestens. C-Prospekte durch Gemeindeverwaltung und die Geschäftsstelle des „Vorwärts"

Kein Kapital trägt solche Zinsen
wie der kleinste Betrag, den Sie für die Pflege Ihres Herzens verwenden
Die Pauschalkuren für 28 Tage:
Gruppe 1 ... Mk. 220.–
Gruppe 2 ... Mk. 260.–
Gruppe 3 ... Mk. 300.–
Gruppe 4 ... Mk. 340.–
Gruppe 5 ... Mk. 420.–
enthalten: Wohnung, Verpflegung einschl. Bedienungsgeld, Kurtaxe und Gemeindeabgabe, Sprudelbäder, Duschen, Moorbäder sow. elektr. Behandlungen aller Art, ärztliche Verordnung und Überwachung der Kur.
HERZ-HEIL-BAD ALTHEIDE

Parteigenossen
finden freundl. Aufn., reichliche Verpflegung, 5 Mahlzeiten, RM 3.— p. Tag. Gart. u. Liegewiese direkt am Hause, nahe Wald und Bahn.
Gustav Zickfeld
Harriehausen (Harz)

Moorbad Pretzsch/Elbe
Das bewährte Heilbad
Kurpauschale 85.- RM.

Der heilkräftige Oberharz
Goslar — Hahnenklee - Bockswiese — Wildemann — Altenau (Oberharz) — Bad Grund — Osterode (Harz) — Clausthal-Zellerfeld — Lautenthal — Sieber — Buntenbock — Lonau — St. Andreasberg

Besucht den Harz und Kyffhäuser
Blankenburg-H. (234 m), mildes Gebirgsklima, gr. Freibad. — Der Ort der Erholung! Das neue Mineralschlammbad für Gicht-, Rheuma- und Ischiaskranke.
Bad Lauterberg im Harz
Luft- und Wasser-Kurort. Naturheilbad. Vom Kneippbunde anerkannter — KNEIPP-KURORT — für Mittel- und Norddeutschland
Hotel Langrehr, Telefon 404. Pension von RM 4.50 an — Garage
Hotel Wiesenbeker Teich, Tel. 309. Pension von RM 4.50 an — Garage
Harzgerode (400 m), der Höhenluftkurort des Ostharzes — Pensionspreise von RM 3.75 an — Keine Kurtaxe. Auskunft Kurverwalt. Harzgerode
Auskünfte u. Werbeschriften durch alle Reisebüros, Kurverwaltungen u. d. Harzer Verkehrsverband e.V. Wernigerode
ILSENBURG (HARZ)
DER LUFTKURORT AM FUSSE DES BROCKENS

Makimmon verliert sein Haus

Leseprobe aus Joseph Hergesheimer: Bergblut

Wir entnehmen diese Szene dem von uns bereits angezeigten neuesten Roman des amerikanischen Dichters Joseph Hergesheimer. Im „Berghlut" (Verlag Rowohlt, Berlin) schildert Hergesheimer den vergeblichen Kampf des Postkutschers Gordon Makimmon gegen die Kapitalsgewalten, die ihn wie die Landsleute seines Heimatortes mit Spinnenarmen umklammern und vernichten.

Valentin Simmons war ein kleiner Mann mit rosiger Glatze, die mit weißen Haarbüscheln wie Watte über den Ohren geziert war, und scharf gezogenen, ausrasierten Lippen, die sich ständig beim Aussprechen ermunternder und wohlwollender Phrasen verzogen; mit passenden religiösen Sentenzen bildeten sie neun Zehntel seiner Rede, durch die jene seltenen Worte, die seine Zwecke und Wünsche enthüllten, wie dünne, grausame Messer blitzen.

Er beugte sich gerade über sein schmales, langes Kontobuch, als Gordon das Bureau betrat; aber sofort schloß er es und drehte sich in seinem Sessel herum. Der kleine Raum war heiß und erfüllt vom Geruch erhitzten Metalls, dem Summen einer großen torkelnden Fliege.

„Ah!" rief er freundlich aus, „da haben wir unsere Verbindung mit der Außenwelt, unseren getreuen Boten . . . Ich wollte Sie sprechen; ach ja." Er blätterte in einem zweiten, größeren Buch. „Da ist es schon — Gordon Makimmon — guter schottischer Presbyterianername. Fünfhundertdreißig Dollar", sagte er plötzlich unvermittelt.

Gordon war nicht imstande, seinen Sinnen zu trauen, der Tatsache, daß diese Summe seine Schuld darstellte, Glauben zu schenken; es war ein lächerlicher Irrtum, und das sagte er auch.

„Alles unterm Datum eingetragen", erwiderte der andere unerschütterlich, „bis zu einem Paar weißer Damenschuhe aus Buckskin unterm heutigen Tage — ein nobles Geschenk für irgendeine Schöne."

„Meine Schwester", murmelte Gordon albern. Fünfhundertunddreißig Dollar, wiederholte er im Geiste ungläubig. Fünfhundert . . . „Wie lange steht das schon an?" fragte er.

Der andere sah im Buch nach. „Zwei Jahre, einen Monat, vier Tage", antwortete er präzis.

„Aber ich bin nie gemahnt worden; man hat mir nie etwas von einer Rechnung gesagt!"

„Ach, wir belästigen alte Freunde nicht gern; nur manchmal, wenn es nötig wird, ein Wörtchen."

Alte Gerüchte und Geschichten fielen Gordon ein; die langen Kredite, die „alten Freunden" von Simmons eingeräumt wurden, der Mangel an Abrechnungen, und in diesem Zusammenhang der Gedanke an die Anzahl von Heimstätten, die überall in der Grafschaft durch Zwangsauktion in die Hände des Kaufmanns gekommen waren. Die besonderen Umstände dieser Vorfälle hatten sich durch leidenschaftliche Beschimpfungen zugleich mit der Erinnerung an den trostlosen Ruin, der die Vertriebenen befallen hatte, in sein Gedächtnis eingefressen.

„Ich kann übermorgen etwas zahlen — wenn ich mein Gehalt kriege."

„Ausgezeichnet — dreihundert — nein, weil Sie es sind, genügen zweihundertfünfzig; den Rest ein anderes Mal — wann immer es Ihnen paßt."

„Ich bekomme im Tag zwei Dollar fünfzig", erinnerte Gordon ihn mit trockenem und bitterem Humor, „und habe einen Monatslohn zu fordern."

Valentin Simmons schien ihn nicht gehört zu haben. „Nur zweihundertfünfzig", wiederholte er, „wir kommen alten Freunden gern entgegen; besonders Presbyterianern."

„Ich kann Ihnen fünfzig Dollar geben", sagte Gordon gleichzeitig laut und begütigend; dabei grübelte er bereits, wie hierbei er und Klara auskommen sollten. Er mußte in Stenton seine Mahlzeiten bezahlen; der Doktor für Klara mußte sein Honorar erhalten — fünfzig Cents pro Besuch, auf den Tisch, sonst hörten die Besuche auf.

„Scherzen Sie nur ruhig weiter — und dann holen Sie den Strumpf aus dem Versteck, heben Sie den gewissen Ziegel am Kamin auf — nur zweihundertfünfzig im Augenblick — aber im Augenblick."

Ein hoffnungsloses Gefühl der Ohnmacht hüllte Gordon ein; der kleine, trockene Mann vor ihm, dessen kahler, rosiger Schädel im Lampenlicht glänzte, das starre Lächeln, alles war einer Bitte so unzugänglich, wie eine leblose Figur aus Metallguß, ein gemalter eiserner Mann in adreitem, grauem Mohair, steifem weißem Hemd mit kleinen blauen Knöpfchen und präzisem, sauberem Baumwollschlips.

Trotzdem sagte er: „Ich werde Ihnen fünfzig geben und im nächsten Monat dreißig. Zum Teufel, in einem Jahr zahl ich's ab. Ich werde doch nicht durchbrennen. Ich habe eine feste Anstellung; Sie wissen, wieviel ich bekomme; Sie sind doch gesichert."

„Aber —" Valentin Simmons hob eine Hand in gerundeter, glänzender Manschette — „ist in diesem Erdental irgend etwas sicher? Ist irgend etwas fest, das am Schlag einer — Peitsche hängt?"

Mit einer ungewohnten gewaltsamen Willensanstrengung unterdrückte Gordon Makimmon seine wütende Besorgnis bei der versteckten Anspielung des anderen: abgesehen von seiner Beschäftigung als Postkutscher war er gänzlich ohne Hilfsmittel, ohne die Möglichkeit, ein Päckchen Rauchtabak zu bezahlen. Gut gewirtschaftet hatten die Makimmons nie . . . am Anfang ließen sie ihren großen Anteil am Tale zu Dickicht, wo sie Rotwild jagen konnten, verwildern, ihre Bäche durch verworrenes Unterholz fließen, wo Fasane sich nährten und ihren treffsicheren Gewehren zur Beute fallen konnten.

„Zweihundertfünfzig Dollar", wiederholte Valentin Simmons freundlich.

„Ich hab's nicht, und so schnell kann ich's auch nicht bekommen", wiederholte Gordon nachgiebig. Dann schlug sein sich bäumender, gequälter Stolz, seine angegriffene Selbstachtung über die Stränge seiner Vorsicht. „Sie wissen es ja ganz genau", erklärte er mit lauter, unangenehmer Stimme, „Sie kennen ja den Inhalt jeder Börse in Greenstream; ich möchte wetten, bei Gott, daß Sie und der alte Hollidew jeden kupfernen Indianer auf jeden Cent in der Grafschaft persönlich kennen."

Valentin Simmons lächelte über diese Vorstellung. Gordon betrachtete ihn mit hoffnungslosem, wachsendem Zorn: der alte Geizkragen schien das wahrhaftig für ein Kompliment zu halten!

„Heute ist Mittwoch", erklärte der Kaufmann; „wir wollen sagen, Sonnabend — die genannte Summe."

„Ausgeschlossen." Die letzten Reste von Gordons Selbstbeherrschung schmolzen rasch in der Hitze seiner Leidenschaft. Simmons wandte sich dem schmalen Kontobuch zu und nahm eine Feder zur Hand. „Als Sie die weißen Schuhe kauften und die Munition und die seidene Angelleine — hatten Sie da nicht die Absicht, zu bezahlen?"

„Ja. Und ich werd's auch tun. Und als Sie sagten: ‚Gordon, nehmen Sie nur, was Sie wollen, versuchen Sie die Fliegen' — und: ‚Kümmern Sie sich jetzt nicht um die Rechnung, ein andermal, alte Freunde zahlen, wann es ihnen paßt' — mußten Sie da nicht, daß ich mich zu weit einlasse? Haben Sie mich nicht ermutigt — damit Sie gegen mich vollstrecken können? Mir das Dach überm Kopf verkaufen? Aber warum Sie sich gerade auf mich verlegt haben — was Sie an meinem baufälligem Haus und verbrauchtem Boden finden, begreife ich nicht."

Simmons blitzte den anderen mit einem schnellen, schlauen Blick an. „Grund und Boden an einem guten Wasserlauf soll man nie übersehen", riet er.

Gordon Makimmon stand sprachlos und zitternd vor Wut da. Einen Augenblick lang war in dem kleinen Raum kein anderer Ton zu hören als das Kratzen, mit der Simmons Feder über das Papier fuhr. „Der Fürsorgliche", fuhr er fort, „dient immer als Zielscheibe für die Beschimpfungen der — der Gedankenlosen. Aber meist kommt er seinem unglücklichen Bruder zu Hilfe. Sie könnten ein Darlehen aufnehmen."

„Ja, gewiß", stimmte Gordon mit hellerer Stimme zu, „ich könnte es von Ihrem fürsorglichen Freund Hollidew bekommen — 300 Dollar etwa, zu . . . zig Prozent — kleine Hypothek auf meinen Besitz. ‚Grund und Boden an einem guten Wasserlauf soll man nie übersehen.' — Beim Himmel!" rief er, plötzlich hellsichtig geworden, aus, „ich habe mir den Strick um den Hals gelegt!"

Alfons Paquet: Ode*)

Mit oh und weh beginnen Ost und West.
Wir atmen in der Mitte ein und aus.
Noch brennt der Abend feuerhell
den hohen Waldsaum dort. Der Morgen
schläft schwarz und eingerollt im niedern Strauch schon hier.
Es baut im Gras Schafgarbe weiße Häuser.
Der Mohn wirft sieben Flammenkugeln,
und rosa Monde schwimmen dämmernd
im glatten dunkeln Rundgebüsch.
Das Turmgedunkel schweigt jetzt von den Bienen
der Linde. Doch ihr Würzgeruch
aus Millionen honiggelben Blüten
kühlt in der Luft wie Arzenei sich ab.
Wer schildert des Holunders zarte Macht,
sein finstres Lauern unterm Blätterdach
gedeckt mit weißen Schindeln an das Haus gelehnt.
Du schöner Monat aller die mir lieben,
Geburtstag an Geburtstag, Strauß an Strauß
und Wein vom vorigen Jahr. Aus Sternen träufelt
die Nacht ihr mildes Gift. Zu dieser Stunde
singt knieend mancher Beter jetzt das Lied
das über allen Glocken schwingt
langhallend: ah. Des Tages Dank und Herzschlag
langatmend im Altargewand der Nacht.

*) Wir entnehmen dieses Gedicht dem in der „Blauen Reihe" des um die Lyrik verdienten Verlags „Die Rabenpresse" erschienenen Gedichtband von Alfons Paquet: „Das Siebengestirn."

Sind Utopien erfüllbar?

Eine kritische Untersuchung / Dr. Bruno Altmann

Die antiske Lehrbuchweisheit pflegt die Geschichte der Utopien mit Platos „Politeia" (Staat) beginnen zu lassen. Das ist, obwohl das Werk im 4. Jahrhundert v. Chr. Geburt abgefaßt wurde, eine unzulässig späte Ansetzung des Datums. Utopien, d. h. Zustände und Leistungen, die nach menschlichem Ermessen keiner praktischen Durchführung zugänglich sind, entstehen als Ausgeburten des Denkens unter dem Zwange heftiger Wunschbestürmungen. Der Mensch sieht — in altersgrauer Zeit — Naturelemente, Tiere, Gegenstände Kräfte und Geschwindigkeiten entwickeln, die er seinem Körper nicht abgewinnen kann. Es hätte schon Sinn und Zweck, mit der Schnelligkeit des Vogels oder des geschleuderten Speers dahinzueilen, die Erdgebundenheit zu überwinden und die äußeren Schwierigkeiten des Lebens mit vielfach stärkeren Kräften zu meistern, als sie dem Menschen zur Verfügung stehen. Der Wunsch brauchte sich nur zum Phantasiegebilde zusammenzuballen, eine künstlerisch begründete Persönlichkeit oder besser noch, der Volksgenius, in Sage und Märchen schaffend, brauchte nur dem wunscherfüllten Phantasiegebilde Form zu geben und die Kunstgattung der Utopie war begründet.

Auf technischem Gebiet, an technischen Objekten entfaltet sich zuerst bei allen Kulturvölkern die utopistische Sehnsucht. Die Sage von Dädalus und Ikarus, diesen übermütigen Glückskindern, die zur Sonne fliegen wollten und elend umkamen, ist eine klare Bekundung des Wunsches, mit den Hilfsmitteln der Technik eine dem Menschen sonst versagte Möglichkeit wirklich zu machen. In der griechischen Sage vom „Ring des Gyges", diesem Ring, der seinem Besitzer die Fähigkeit verlieh, unsichtbar zu werden, steckt genau so wie im germanischen Mythos von der Tarnkappe der verhüllte Wunsch, technisch einen Vorteil zu erlangen, auf den der Mensch ohne solche Mittel verzichten muß. Stillschweigend ist mit der Sehnsucht nach derartigen Leistungen immer das Zutrauen verbunden, daß dem menschlichen Geist einmal auch diese Vervollkommnungen gelingen werden. Wenn aber solche Hoffnungen, wie sie aus der Sage von Dädalus und Ikarus, vom Ring des Gyges usw. hervorleuchten, auf der Entwicklungsstufe des jungen Griechentums auftauchen, so gehört alles das, was da gehofft und erwartet wird, zur Kunstgattung der Utopie.

Die Technik ist das Gebiet geblieben, auf dem sich die utopische Phantasie am üppigsten ausgelebt hat. Es war Utopie, als Cervantes, der Dichter des Don Quichote, gegen Ende des 16. Jahrhunderts in einer Novelle von einer weißen Wandtafel sprach, auf der „lichtumgossene Gestalten" erscheinen und verschwinden sollten wie auf der Theaterbühne und auch reden oder singen könnten, als Cervantes also den Tonfilm forderte. Es war Utopie, als der französische Arzt Simon mit dem Beinamen Nostradamus in seinem „Seher-Geiste" Schiffe unter dem Meeresspiegel fahren sah, so gut wie die „Weberschiffchen ohne Weber", die Aristoteles dreieinhalb Jahrhundert v. Chr. Geburt als Vorbedingung für die Aufhebung des Sklaventums wünschte, seinerzeit Utopie gewesen sind. Utopien waren die selbstbewegten Wagen und Räder, an deren Erfindung mittelalterliche Mönche in Neapel und Padua gearbeitet haben, so gut wie die Phantasiereise Jules Vernes zum Monde eine Utopie war und die Reisen zu anderen Planeten es heute sind.

Freilich im Gebiet der Technik ist fast jede Utopie die Wirklichkeit von morgen. Wir leben hier in lauter verwirklichten Utopien. Die Technik hat mehr erreicht, als die Utopisten zu erträumen wagten. Wir können die Stimme längst Verstorbener hören, wir können sie an uns vorüberziehen sehen, wenn sie selbst zu Lebzeiten für die Uebertragung ihrer Stimme und ihrer Bewegungen auf geeignete Apparate gesorgt haben. Kundgebungen eines Menschen nach seinem Tod, Bekundungen, die man jederzeit von ihm haben konnte, das erschien selbst den Utopisten, sofern sie nicht spiritistisch phantasierten und dann den Tatbestand von heute auch verfehlten, als ein gar zu gewagtes Unterfangen.

Zwei Pläne sind freilich Utopien geblieben. Seit Jahrtausenden will man, früher der Forscher, jetzt nur noch Laien und Scharlatane, das Perpetuum mobile erfinden. Mittelalterliche Geistliche haben sich auf die Erfindung einer Denkmaschine verlegt. Raimundus Lullus, der abenteuerliche Mönch des 13. Jahrhunderts, glaubte sie sogar bereits anwendungsreif gemacht zu haben. Es war nichts damit und auch unsere heutigen Rechenmaschinen erfüllen keineswegs die Ansprüche der Scholastiker, das Denken in Massenproduktion per Maschine betreiben zu können.

Weil doch nicht alle Blütenträume der Utopisten auf technischem Gebiet reiften, entsteht die Frage: was bleibt nun für alle Zeiten Utopie in der Technik?

Kant hat sich zur Antwort durchgerungen, indem er die Voraussetzungen des Wissens untersuchte und hinterher entschied, welche Wissensmaterien mittels der an jene Voraussetzungen gebundenen Einsichten nicht zu erfassen sind. Zeit, Raum und gewisse Auffassungsformen wie Ursache, Zahl, Größe sind Voraussetzungen alles Wissens, durch sie wird unsere Erkenntnis auf Erfahrung und Mathematik eingeschränkt. Was außerhalb der Bereiche von Mathematik und Erfahrung liegt, bleibt uns daher für immer verschlossen.

So ähnlich wird der philosophierende Techniker verfahren müssen, wenn er die Frage aufwirft, was technisch erreichbar ist, oder für immer Utopie bleibt. Es dürfte dann mit den von der Erfüllbarkeit ausgeschlossenen Vorsätzen so stehen wie mit dem Perpetuum mobile. Für unrealisierbar wird erklärt, was einem Naturgesetz, dem wissenschaftlichen Fundament der Technik, widerspricht. Gegen die beständige Bewegung eines im Luftraum befindlichen Körpers ohne fortdauernde Antriebskräfte spricht das Gesetz von der Erhaltung der Energie. Daher wird das Perpetuum mobile ein Traum von Phantasten bleiben, die von diesem Hirngespinst einer unreifen Naturwissenschaft nicht lassen können.

Fast jede Wirklichkeit ist die Utopie von gestern. Der Satz gilt auch für das Staatsleben, dieser klassischen Domäne der Utopie. Genauer müßte man allerdings vorgestern sagen, denn ein Wettlauf von Projekt und Ausführung, wie es die Geschichte der Technik in ihren großen Epochen darbietet, hat die Geschichte des Staatslebens nicht aufzuweisen. Trotzdem: eine ganze Reihe utopistischer Phasen hat die Kulturmenschheit auch hier überwunden. Die sklavenlose Gesellschaftsordnung war in den antiken Staaten eine Utopie, sie wurde die Wirklichkeit des christlichen Mittelalters. Ablösung des uneingeschränkten Fürstenregiments durch die konstitutionellen Staaten, Ablösung der Monarchie durch die Republik bedeutete den Uebergang von der Utopie zur Realität. Als Utopie verhöhnt wurde die Abschaffung der Todesstrafe, die Einschränkung des Heeresbestandes auf eine Polizeitruppe, die kräftige Inangriffnahme der Sozialpolitik.

Auch hier erhebt sich, angesichts des von der Utopie zur Wirklichkeit zurückgelegten Weges die Frage, welche Bestrebungen innerhalb der Staatsverfassungen und des Gesellschaftslebens ewig utopisch sein werden. Eine Antwort darauf kann ebenfalls nur auf Kantische Methode gefunden werden. Welches sind die Voraussetzungen des Gesellschaftslebens? Ihre Formen müssen nachgeprüft werden, die Soziologie hat zu untersuchen, wie Menschen im Zusammenleben und Zusammenwirken geartet sind, von welchen Trieben, Interessen, Vorstellungen sie beherrscht werden, welches Maß von Aktivität sie aufbringen, wie stark ihr Unterordnungsbedürfnis ist, welchen Grad sittlichen Verhaltens man von gemeinsam operierenden Menschen erwarten kann. Die Wissenschaft der Soziologie ist noch jung. Sie ist noch lange nicht zu abschließenden, alle Fachforscher befriedigenden Ergebnissen gekommen. Nur in einem Punkt herrscht Einigkeit. Einmal in ein gesellschaftlich gegliedertes Gebilde eingefaßt, also zu einem Staat zusammengeschlossen, gibt sie diese Gliederung nicht mehr preis. Das Beharrungsgesetz beherrscht auch das Gesellschaftsleben. Schon von hier aus wird ersichtbar, daß Formen des Gesellschaftslebens, wie sie etwa der Anarchismus oder der Syndikalismus vorschlägt: einen staatslosen Zusammenschluß freier, zu gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Verbänden vereinigter Menschen, eine absolute Utopie darstellen.

Niemals verlieren indessen utopische Aufstellungen ihren Wert. Zunächst machen sie ganz deutlich, von welchen Bedürfnissen die Menschheit erfüllt wird. Durch die Utopien eines Thomas Morus, eines Campanella, eines Bacon ist bereits in den Anfängen des Frühkapitalismus an den Tag gekommen, wie stark der Freiheitsdrang der unter ihm leidenden Menschen war. Durch diese „Utopien" ist zutage gekommen, wie der vom Kapitalismus betroffene Teil, die produzierenden Arbeiter, sich den Weg zur Freiheit und zur ökonomischen Selbständigkeit dachten: Technischer Fortschritt in maximalem Ausmaß, aber Nutznießung der technischen Vervollkommnungen durch alle Arbeitsbeteiligten. Ein Arbeitstag von 6, von 4 Stunden sollte genügen, niemand sollte aber aus dem Arbeitsverhältnis gestoßen werden, weil die fortgeschrittenere Technik den Unternehmern gestattete, unter Belassung der ursprünglichen Arbeitszeit Arbeiter auf die Straße zu jagen. Verteufelt moderne Forderungen haben die Utopisten des 16. und 17. Jahrhunderts aufgestellt.

Zu guter Letzt sind Utopien Wegweiser. Das von ihnen gesteckte Ziel ist vielleicht nicht ganz erreichbar, aber die Richtung können sie angeben, wohin der Weg gehen soll. Möglich, daß ein idealer Völkerbund, eine übernationale Institution von Mächtevertretungen, die ganz unparteiisch ausgebrochene Streitigkeiten schlichten, die redlich bemüht sind, Interessenkonflikte gar nicht aufkommen zu lassen, nie bestehen wird. Die Forderung dieses idealen Völkerbundes soll aber trotzdem erhoben werden; die Institution soll da sein, damit die von der Utopie gesteckten Ziele den Völkerbundvertretern zeigen, nach welchen Prinzipien sie zu arbeiten haben.

Unternehmer rufen nach Arbeit.

Die Verbände der Bauwirtschaft fordern Arbeitsbeschaffung.

Die Deutsche Gesellschaft für Bauwesen veranstaltete gestern in Gemeinschaft mit 35 Unternehmerverbänden der Bauwirtschaft eine große Kundgebung, durch die die Oeffentlichkeit und die Reichsregierung auch von dieser Seite auf die verzweifelte Lage der Bauwirtschaft hingewiesen werden sollten. Arbeitsbeschaffung — das war die Losung, unter der diese Kundgebung stand. Damit haben sich die Unternehmer der Bauwirtschaft eine Forderung zu eigen gemacht, die seit Jahr und Tag von den Gewerkschaften vertreten wird. Auch in manchen Punkten der Kritik an Regierungsmaßnahmen, so am Abbau der Hauszinssteuer zugunsten der Hausbesitzer, haben sich die Bauunternehmer der von Gewerkschaften und Sozialdemokratie vertretenen Auffassung angeschlossen.

Der Vorsitzende, Professor Elkart, führte aus, daß seit Monaten neunzig Proz. der Bauarbeiter arbeitslos seien, ein Zustand, der unerträglich sei angesichts der Schlüsselstellung, die das Baugewerbe in der deutschen Gesamtwirtschaft einnehme.

Statt Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, sei es besser, Gelder für produktive Bauten auszugeben,

für Straßenbau, Meliorationen, Instandsetzung von Althäusern, Neubau von Kleinwohnungen usw. Die Reichsregierung dürfe nicht mit Sparmaßnahmen den Baumarkt völlig zum Erliegen bringen; sie habe die Aufgabe, die Finanzierungsfrage eines großen Arbeitsbeschaffungsprogramms zu lösen.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Dr. Syrup wies in seinem Referat darauf hin, daß die große Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen eine Ausgestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes erforderlich mache. Allerdings dürften durch diese Einrichtung nur Arbeiten ausgeführt werden, die sonst überhaupt nicht in Angriff genommen würden.

Im letzten halben Jahre seien Beschäftigungsmöglichkeiten für 70 000 jugendliche Arbeitslose geschaffen worden. Zur Zeit seien etwa 30 000 Jugendliche im Arbeitsdienst tätig. Die Reichsanstalt habe bisher für 30 000 Jugendliche berufliche Bildungsmaßnahmen mit praktischer Werkarbeit durchgeführt. Die Reichsanstalt habe auch erhebliche Mittel zur Finanzierung von Notstandsarbeiten bisher verwandt und weiterhin zur Verfügung gestellt, da es besser sei, Gelder zur Beschaffung von Arbeit als zur Zahlung von Unterstützungen auszugeben. Zu hoffen sei, daß durch die von der Regierung geplante Prämienanleihe erhebliche Mittel zur Finanzierung von Bauarbeiten hereinkämen.

Direktor Wildermuth von der Deutschen Bau- und Bodenbank beschäftigte sich eingehend mit den verschiedenen Projekten und Möglichkeiten einer Arbeitsbeschaffung. Im Jahre 1931 seien durchschnittlich 40 220 Arbeitslose mit Notstandsarbeiten beschäftigt worden. Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten habe für 1932 zunächst Kredite in Höhe von 30 Millionen Mark bereitgestellt. Mit den Beträgen der Reichsanstalt ständen etwa 50 Millionen Mark zur Verfügung, mit denen Notstandsarbeiten mit einer Gesamtkostensumme von 100 Millionen Mark in Angriff genommen werden dürften. Zur Bekämpfung der „strukturellen", der dauernden Arbeitslosigkeit, die er auf etwa 2 Millionen Arbeiter bezifferte, empfahl er Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes.

In den Ausführungen des letzten Redners, Zimmermeister Freidel, ging Richtiges, Halbrichtiges und Falsches reichlich kraus durcheinander. Bemerkenswert war die (richtige) Feststellung, daß

der Abbau der Hauszinssteuer die Hausbesitzer nicht zur Vergebung größerer Reparaturarbeiten veranlaßt habe.

Seine oft gehörten Ausführungen gegen die ostelbischen Betriebe wurden durch die Wiederholung nicht richtiger.

Er schloß die Kundgebung mit der Forderung: „Heraus mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm!"

Arbeit durch Hausreparaturen.

Wird ohne gesetzlichen Zwang auszukommen sein?

In allen Arbeitsbeschaffungsplänen spielen die Hausreparaturen mit Recht eine wichtige Rolle. Die Reichsregierung hat den Länderregierungen vorgeschlagen, wie in früheren Jahren Hauszinssteuermittel zur Verfügung zu stellen. Außerdem hat das Reich für die Finanzierung der Reparaturaufträge Erleichterungen in der Beschaffung von Geldmitteln durch Wechsel ins Auge gefaßt. Damit übereinstimmend erklärte sich die Reichsbank bereit, derartige Wechsel aufzukaufen, d. h. entsprechende Kredite für Hausreparaturen zur Verfügung zu stellen.

Seitdem ist es um die Hausreparaturen aber stillgeworden.

Die Gewerkschaften haben recht, wenn sie in der „Gewerkschaftszeitung" darauf verweisen, daß man den Eindruck gewinnen müsse, die Regierung begnüge sich mit halben Maßnahmen:

„Wer", so betonen die Gewerkschaften, „die Hausbesitzer kennt, der wird kaum erwarten können, daß viele davon sich entschließen werden, in stärkerem Umfang Reparaturen freiwillig ausführen zu lassen. Es sei denn, daß dabei ein gutes Geschäft winkt. Das Gros der Hausbesitzer wird passiv bleiben. Es ist deshalb notwendig, daß die Regierung anordnet, daß erst einmal nachzuweisen ist, wieviel an Reparaturzuschlägen der einzelne Hausbesitzer innerhalb der letzten fünf Jahre vereinnahmt und in welcher Weise er diese Beträge ausgegeben hat. Weiter muß in all den Fällen, in denen eine ordnungswidrige Verwendung der Instandsetzungsgelder festgestellt wird — und das dürfte wohl häufig sein —, die weitere Abführung dieser Beträge an den betreffenden Hausbesitzer unterbunden werden. Die Abführung muß an eine neutrale Stelle erfolgen. Diese Stelle muß auch befugt sein, mit Zwangsmaßnahmen Reparaturen dort durchzuführen, wo sie seit Jahren unterblieben sind und die Gefahr besteht, daß die Wohnungen in Kürze nicht mehr zu benutzen sind. Schließlich sollten sich auch die Hypothekenbanken künftig mehr um den Zustand der von ihnen beliehenen Gebäude kümmern und von ihren Schuldnern die Durchführung von Reparaturen verlangen, weil sonst mit dem teilweisen Verlust der hergegebenen Hypothekengelder zu rechnen ist. Den städtischen Bau- und Wohnungsämtern erwächst hier eine sehr umfangreiche Aufgabe. Sie könnten künftig dafür sorgen, daß die Instandsetzungsgelder richtig verwendet werden und auf diese Weise die im Althausbesitz steckenden Werte erhalten bleiben. Es würde dadurch Arbeitsgelegenheit für etwa 200 000 Menschen geschaffen werden."

Man kann sich mit den Bedenken und Vorschlägen der Gewerkschaften nur einverstanden erklären. Der Zwang richtet sich nicht gegen diejenigen Hauswirte, die ihr Eigentum bewahren und pflegen, wie es Art des guten Wirtschafters ist, sondern gegen diejenigen, die eben das Geld, das der Mieter für die Reparaturen zahlt, einstecken.

Schlechtes Schwachstromgeschäft.

Millionenverlust bei Lorenz.

Die C. Lorenz A.-G., die zum Konzern der Standard Elektrizitätsgesellschaft gehört, hat im Jahre 1931 einen Fabrikationsgewinn von 2,89 Millionen Mark erzielt, wovon nach Abzug der Generalunkosten in Höhe von 2,77 Millionen Mark ein Rohgewinn von 124 389 gegen 476 212 M. im Vorjahre verbleibt. Nach Absetzung von Abschreibungen in Höhe von rund 2 Millionen (1,76 Millionen Mark Sonderabschreibungen auf die Vorräte) ergibt das abgelaufene Geschäftsjahr einen Verlust von 1,60 Millionen Mark, der auf neue Jahresrechnung vorgetragen wird.

Die Betriebslage bei dem Unternehmen hat sich wie im gesamten Schwachstromgeschäft im Laufe des letzten Jahres ganz erheblich verschlechtert. Der Absatz ging um 23 Proz. zurück, und zwar überwiegend im Post- und Radiogeschäft. Der Auftragsbestand am Jahresschluß lag um 33 Proz. unter dem Stande des Jahresbeginns. **Die gewaltsamen Sparmaßnahmen, die zu einer Senkung der Unkosten um 32 Proz. führten, haben den Lebensstandard der Belegschaft außerordentlich verschlechtert. Abbau, Rationalisierung mit verschärfter Ausbeutung der Arbeitskraft und Lohndruck waren die Kennzeichen des Krisenjahres 1931/32 für die Lorenz-Arbeiter.**

Der holländische Philips-Konzern.

Der holländische Philips-Konzern, der sich in den letzten Jahren zu einem der größten Elektrokonzerne der Welt entwickelt hat, zeigt für das Jahr 1930 einen Gewinnrückgang von 12,8 auf 7,5 Millionen Gulden. Die Stammaktiendividende, die schon im vergangenen Jahr halbiert worden war, ist von 6 auf 4 Proz. herabgesetzt worden. Die gleichzeitig veröffentlichte Bilanz zeigt aber, daß die Gesellschaft über ganz außerordentlich große Barmittel verfügt. Kassenbestand und Barguthaben sind im Laufe des Jahres 1931 von knapp 19 auf fast 42 Millionen Gulden erhöht. Im gesamten Philips-Konzern, einschließlich der Tochtergesellschaften, stellten sich im Mai 1932 die vorhandenen Barmittel auf nicht weniger als 50 Millionen Gulden, d. h. auf fast 80 Millionen Mark.

Im vergangenen Jahr ist zwar, wie auch die holländischen Ausfuhrziffern zeigen, der unmittelbare Absatz an Glühlampen und Radiogeräten, den Haupterzeugnissen der Philips-Gesellschaft, weiter zurückgegangen, doch wurde gleichzeitig der auswärtige Fabrikationsapparat ausgebaut, so daß jetzt der Philips-Konzern in der Lage ist, auch diejenigen Märkte, die sich einer Einfuhr durch Einfuhrverbote, Zölle oder Währungsentwertung verschließen, im bisherigen Umfang zu versorgen.

Deterding zahlt Dividende.

Trotz schwerer Krisenwirkungen.

Der von Deterding beherrschte holländisch-englische Oelkonzern Royal Dutch, dessen Lage in den letzten Wochen von der internationalen Finanzwelt sehr pessimistisch beurteilt wurde, veröffentlicht jetzt seinen Jahresabschluß für 1931, der mit dem Vorschlag einer sechsprozentigen Dividende allgemein überraschen muß.

Die Auswirkungen der schweren Weltölkrise zeigen sich in der scharfen Schrumpfung der Gewinne von 90,8 auf 27,6 Millionen holländische Gulden. Trotz der Drosselung der Weltproduktion von fast 200 auf 189,9 Millionen Tonnen Oel setzte sich der internationale Preisverfall fort, da der Verbrauch schneller sank als die Förderung. Die Jahresproduktion des Konzerns ging von 23,9 auf 20,5 Millionen Tonnen zurück, obwohl die Anlagen leicht das Doppelte hätten leisten können. Die Flotte des Konzerns umfaßt jetzt 2,2 Millionen Tonnen Laderaum.

Da Royal-Dutch-Shell seine Finanzgeschäfte größtenteils über London leitete, auch zwei maßgebende Tochtergesellschaften englische Unternehmen sind, hat der Konzern ganz beträchtliche Verluste durch den Pfundsturz erlitten. Rund 46 Millionen Gulden, also annähernd 78 Millionen Mark mußten als Währungsverluste abgeschrieben werden.

Der Geschäftsbericht betont nachdrücklich, daß die Gesundung der Weltölwirtschaft mit der internationalen Verständigung steht und fällt. Die New-Yorker Petroleumkonferenz wird in dieser Hinsicht über die Zukunft der Oelwirtschaft entscheiden.

Schiele und der Butterzoll.

Falsche Argumente.

In Münster sprach vor einigen Tagen Reichsernährungsminister Schiele auf einem genossenschaftlichen Verbandstag über landwirtschaftliche Absatzfragen und zu der so umstrittenen Frage des Butterzolls. Manches Vernünftige wurde von zuviel Unvernünftigem überdeckt. Erfreulich ist, daß Schiele jetzt eingesehen hat, in welchem Ausmaß die ungeheure Zahl von Arbeitslosen auch zu dem Niedergang der bäuerlichen Veredelungswirtschaft beiträgt. Bei der Butter will Schiele aber die Kaufkraft der Verbraucher nicht mehr gelten lassen. Hier soll der Grund der schlechten Preislage die Einfuhr sein.

Wir geben gerne zu, daß diese Ansicht stimmen würde, wenn es nicht 6 Millionen Arbeitslose gäbe. Gäbe es keine Arbeitslosen und wäre die deutsche Arbeiterschaft kaufkräftig, dann könnte die Absperrung der Einfuhr sicher auch zu einer Vergrößerung des Absatzes an deutscher Butter und zu einer Besserung der jetzigen niedrigen Preise führen, obwohl man bei allen verteuernden Zöllen skeptisch sein soll. Aber bei der derzeitigen minimalen Verbraucherkaufkraft führt die Beschränkung der Einfuhr eines nicht absolut notwendigen Nahrungsmittels — und das ist jetzt leider die Butter — niemals zu einer Preiserhöhung, sondern nur zu einer Einschränkung des Konsums. Hieroon aber hat die deutsche Landwirtschaft gewiß nichts.

Außerdem behauptet Schiele, daß eine Lockerung des Einfuhrschutzes für Butter nicht zu einer Steigerung der internationalen Butterpreise führen wird. Infolgedessen würde auch keine neue Kaufkraft auf dem Weltmarkt zwecks vermehrter Aufnahme deutscher Industrieprodukte geschaffen werden. Diese Aeußerung ist — simpel ausgedrückt — glatter Unfug. Es handelt sich gar nicht bei der notwendigen Neuregelung der Buttereinfuhr um die Möglichkeit der Steigerung der internationalen Kaufkraft, sondern darum, daß unsere wichtigsten Butterlieferanten gleichzeitig eine unserer wichtigsten Abnehmer für Industrieprodukte sind, nämlich Dänemark und Holland, und daß diese Länder jetzt bei der rigorosen Beschneidung ihres Butterexportes nach Deutschland den Bedarf an Industriewaren einfach nicht mehr bei uns, sondern in England und anderen Ländern decken.

Es geht daher um die Erhaltung unseres Industrieexports und damit um die Erhaltung eines dürftigen Restes der Kaufkraft unserer Industriearbeiterschaft. Von dieser ist aber unsere Landwirtschaft, wie es auch Herr Schiele zugibt, auch für den Butterabsatz vollkommen abhängig.

Die Argumente, die der Reichsernährungsminister also für die Beibehaltung der jetzigen Einfuhrregelung für Butter anführte, sind nicht im geringsten stichhaltig. Wir müssen unsern Industrieexport erhalten nicht nur im Interesse der Industriearbeiter, sondern auch im wohlverstandenen Interesse der Landwirtschaft selber.

Scheidemandel soll liquidieren.

Abgelehnte Wünsche von Kleinaktionären.

Auf der Generalversammlung der A.-G. für chemische Produkte, vormals H. Scheidemandel, stand der neue Sanierungsvorschlag der Verwaltung zur Diskussion. Trotz des verhältnismäßig geringen Verlustes von knapp 30 000 Mark hat die Verwaltung die Zusammenlegung des Kapitals von 10 auf 5,5 Millionen vorgeschlagen, da die starken Anlagen des Kapitals in Immobilien und Beteiligungen eine Anpassung an die Zeitverhältnisse erforderlich machte.

Dieser neue Sanierungsplan stieß bei verschiedenen Kleinaktionären auf lebhaften Widerstand. So wurde von mehreren Aktionären erklärt, daß die Aktienbesitzer bei einer Liquidation des Unternehmens besser fahren würden als bei einem nochmaligen scharfen Kapitalschnitt, denn die Gesellschaft habe seit der Stabilisierung der Währung fünfmal sanieren müssen, ohne daß ein Erfolg zu verzeichnen gewesen wäre. Unter diesen Umständen könne man dem Unternehmen kaum mehr eine Existenzberechtigung zusprechen. Demgegenüber stellte der Vorsitzende fest, daß gegenwärtig eine Liquidation ganz unmöglich sei und nach Bereinigung der Schulden und der Verpflichtungen aus langfristigen Verträgen aus dem Verkauf der Vermögensmasse kaum etwas für die Aktionäre übrig bleiben dürfte. Wenn auch die Produktion im laufenden Jahre weiterhin um etwa 30 Proz. gesunken sei, so habe die Verwaltung doch die Ueberzeugung, daß man nach der Bilanzbereinigung den Ablauf der Krise überstehen könne.

Verlust bei der Hermes Kreditversicherungs-bank A.-G. Wie schon im Jahresbericht des Allianz-Konzerns ausgeführt wurde, brachte die Delkredere-Versicherung, das ist die Kredit- und Garantieversicherung, im letzten Jahr durch den Ausbruch der schweren Kreditkrise größere Verluste mit sich. Diese Entwicklung findet auch in dem Jahresabschluß der Hermes Kreditversicherungsbank A.-G. in Berlin ihren Niederschlag. Obwohl die übrigen Geschäftszweige befriedigend gearbeitet haben, haben die Ausfälle im Kredit- und Garantiegeschäft einen Verlust von knapp 800 000 Mark verursacht, zu dessen Deckung der Reservefonds mit 700 000 Mark aufgelöst wird.

Auch Peru verzichtet auf die Goldwährung. Wie aus Lima gemeldet wird, hat die peruanische Regierung ebenfalls die Goldwährung aufgegeben, allerdings mit dem Bemerken, daß die Maßnahme nur vorübergehender Natur sei. Innerhalb weniger Wochen haben vier Länder den Goldstandard aufgegeben. Neben Peru noch Siam, Chile und Griechenland.

12 Stck 40 ₰ Gold Dollar Zigaretten 3⅓ ₰

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, vorn 1 Treppe rechts.

Abteilungsleiter, reicht Eure Juni-Programme ein.

Arbeitsgemeinschaft Abraham (Wirtschaftslehre): Diesen Sonntag Arbeitsfahrt nach Klein-Schönebeck. Treffpunkt 8 Uhr pünktlich Ausgang Bahnhof Mahlsdorf.

Heute, Sonnabend:

Kottbusser Tor: Urbanstraße 167. Schallplattenabend. — **Steglitz 1:** Treffpunkt zum Spaziergang 19 Uhr Rathaus.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Danziger Straße 62. Wichtige Gew.-Ausschuß-Sitzung. — **Morgen:** Radfahrt nach Bernau—Ueckendorf—Birkenwerder. Treffpunkt 7 Uhr pünktlich Prenzlauer Allee, Ecke Danziger Straße.

Werbebezirk Müggelsee: Vorstandssitzung, 20 Uhr, Friedrichshagen, Friedrichstraße 87. Äußerst wichtige Tagesordnung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Schöneberg-Friedenau (Vortrupp). Sonntag, 22. Mai, Wanderung. Treffpunkt 7½ Uhr Kaiserplatz. Zurück am 18., 20 Uhr. Fahrgeld 40 Pf. — **Wassersportabteilung, Zug Havel.** Sonnabend, 21. Mai, 17 Uhr, Fahrt nach der Krampnitz.

Sozialistische Studentenschaft. Sektion Universität. Dienstag, 24. Mai. Juristische Fachschaft. 20 Uhr Bund Albrechtstraße 11. Arbeitsgemeinschaft Zeltner: „Sowjetrecht". — Mittwoch, 25. Mai. Medizinische Fachschaft. 20 Uhr, Bund, Albrechtstraße 11. Arbeitsgemeinschaft Kontorowicz. — Donnerstag, 26. Mai. Öffentliche Versammlung der Freiheitlichen Studentenschaft an der Technischen Hochschule. 20 Uhr in der Aula der Technischen Hochschule. u. Waldheim: „Gebührstaffelung".

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, vormittags 11 Uhr, Pappelallee 15. Vortrag des Herrn C. Witthauer „Die Praxis der buddhistischen Religion". Gäste willkommen.

Sport.

Trabrennen zu Ruhleben, Freitag, 20. Mai:

Koldorn-Rennen: 1. David Dillon (Kruithof jr.); 2. Daza; 3. Aquilo; 4. Ostermartha. Toto: 419:10. Platz: 42, 20, 13, 27:10. Ferner liefen: Debora, Zitadelle, Gardejäger, Dolmetscher, Kitty L., Laetitia, Bauschen, Hella, Herz-Allerliebste.

Preis vom Brandenburger Tor: 1. Etté (Ch. Mills); 2. Hermann Allmers; 3. Herbert R. Toto: 21:10. Platz: 17, 24, 20:10. Ferner liefen: Grasblume, Rotkehlchen, Dialog, Abria.

Preis vom Tiergarten: 1. Rideamus (W. Heitmann); 2. Dr. Heinrich D.; 3. Waterloo. Toto: 27:10. Platz: 20, 20, 19:10. Ferner liefen: Jekasie, Dornbusch, Champignon, Rattrum, Ovation, Dornzieher, Enzian.

Frühlings-Preis: 1. Nero (J. Mills); 2. Antwort; 3. Reschlos; 4. Mephisto. Toto: 65:10. Platz: 14, 14, 15, 24:10. Ferner liefen: Alex, Ora Leyburn, Kapitain Halle, Natal, Prachtmädel's Tochter, Arnim, Varmenia, Lu-Lo.

Flora-Preis: 1. von Eicken (Besitzer); 2. Erich L.; 3. Cyklon. Toto: 41:10. Platz: 27, 33, 40. Ferner liefen: Zingara, Perseus, Dzewuschka, Heiderin, Blonco, Edelmeister, Costa Rica, Cortez.

Goldlack-Rennen: 1. Hildegard (L. Weiß); 2. Napolene; 3. Alma Mater; 4. Satan. Toto: 72:10. Platz: 19, 19, 20, 27:10. Ferner liefen: Henni Kittnichor, Peter Brussiloff, Hedwig, Peschkesch, Heliotrop, Northern Druien, Alhambra, Kantate, Luft, Delegation Adresse, Maimorgen, Johann, Lustiges Mädchen.

Baronien-Preis. 1. Pankgraf (C. Schön); 2. Maikater; 3. Belvedo; 4. Donia. Toto: 41:10. Platz: 15, 39, 13, 15:10. Ferner liefen: Palamedes, Amalasuntha, Conny Bacon, Quote, Robert, Charis, Berolina, Kitty Worthy, Icarus, Mister Peter, Aida. — **Doppelwette:** Nero—von Eicken 362:10.

„Kleiden Sie sich hygienisch." Unter diesem Motto veranstaltet jetzt Leineweber — das Haus das jeden anzieht — am Köllnischen Fischmarkt eine interessante Ausstellung zeitgemäßer und hygienischer Herrenkleidung. Es ist kein Kunststück, mit schwerem licht- und luftabschließenden Material eine massive Herren-Rüstung aufzubauen, die die Bewegung hindert und die Gesundheit schädigt. Noch sträflicher ist es, der unzulänglichen Form der Kleidungsstücke durch handdicke Unterlagen nachzuhelfen. — Wie man mit wunderbar porösen Frotte-Geweben einen leichten und luftigen Sommer-Anzug schafft, und daß solche praktische und hygienische Sommerkleidung trotzdem formbeständig hält, das zeigt jetzt Leineweber, Berlin C, am Köllnischen Fischmarkt.

Schöne weiße Zähne

schon nach einmalig. Putzen mit der herrl. erfrisch. schmeckenden „Chlorodont-Zahnpaste", schreibt uns ein Raucher. Tube 50 Pf. und 80 Pf.

Waren Sie auf dem Hausboot?

Im Strandbad Wannsee, 100 m vom Ufer entfernt, liegt ein 50 m langes Boot, leuchtend weiß und rot gestrichen — das Juvena-Hausboot mit Juvena-Orchester, mit Bar und Platz für über 700 Personen. Gymnastik-Kurse, Bewegungsspiele, Erfrischungen an der Bar. Es handelt sich um das bekannte Juvena-Hausboot. Besuch und Teilnahme an allen Veranstaltungen kostenlos für jeden Besitzer eines Juvena-Badeanzuges, der von 5.90 Mark an in den großen Spezialgeschäften, Waren- und Kaufhäusern erhältlich ist. Für alle, die noch keinen Juvena besitzen, finden alle zwei Stunden Führungen durch das Boot statt.

Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstraße 34.
Sonnabend, 21. Mai
Turnus III
Die Entführung aus dem Serail
Callam, Pfahl, Fidesser, Andreesen, Gombert, Reiff
Anfang 20 Uhr
Ende 22,45 Uhr

Volksbühne
Theater am Bülowplatz:
8¼ Uhr
Sturm im Wasserglas
mit Hansi Niese

Staatl. Schiller-Theater
8 Uhr
Die Räuber

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und trotzdem **billig!**

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Sonnabend, den 21. Mai
Staatsoper Unter den Linden
19½ Uhr
Die Hochzeit des Figaro

Staatl. Schauspielhaus
Gendarmenmarkt.
15 Uhr
Geschichte Gottfriedens von Berlichingen
20 Uhr
Der Liebestrank

Schiller-Theater
Charlottenburg.
20 Uhr
Die Räuber

Winter Garten
8 Uhr 15. Flora 3434. Rauchen erl.
Trude Hesterberg. Fischer-Köppe. Cläre Eckstein-Truppe. Bil & Bil. 2 Franks. Junetros & Elsie. 17 Deblars. Arthur Hell. Luella Paikin. Julius Kuthan. Mario Salatzki usw.
Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellg.
4 u. 8¹⁵ Uhr. 4 Uhr kleine Preise.

Lessing-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Madonna wo bist Du?
Erika v. Thellmann, Genia Nikolajewna, Theodor Loos, Josef Wedorn

Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 132
Tel. Weidend. E 7 3422
8.30 Uhr
Weekend im Paradies
Gartenbühne:
5.30 Uhr
Konzert u. Varieté
8¹⁵ Uhr
Zigeunerliebe

SCALA
Tägl. 5 u. 8½ Uhr
HANUSSEN
LA JANA
ANTON DOLIN
u. weitere 7 Attrakt.

Deutsches Theater
Die 8¼ Uhr
Journalisten
Lustsp. nach Gustav Freytag
von Felix Joachimson
Musik: Theo Mackeben
Regie: Heinz Hilpert

Gültung: Rabatt u. Reklamemarken
Erfolg seit 43 Jahren
als Spezialität
Conrad Müller
Schkeuditz
Leipzig

Blumenspenden
jeder Art
liefert preiswert
Paul Golletz
vormals Robert Meyer
Mariannenstr. 3
F8, Oberbaum 1303

PLAZA
Täglich 5 u. 8½ Uhr
Die Dubarry

Theater in der Stresemannstr.
Tel.: Bergm. 2119 u. 2696
Theater der Schauspieler
Täglich 8¼ Uhr
Haifische
Theodor Plivier

LUNA PARK
Eintritt 50 Pfennig
Tanz-Tee im Freien
FEUERWERK
und das grosse Programm
WELLENBAD
Sonnen-Dachgarten
Täglich 7—24 Uhr

Unwiderruflich nur im Mai
täglich 8 Uhr
GROSSES SCHAUSPIELHAUS
DIE SCHÖNE HELENA
MAX REINHARDT INSZENIERUNG

HAUS VATERLAND
Potsdamer Platz
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
Betrieb Kempinski

Unsere Genossenschaft ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 30. März 1932 aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich zu melden.

Berlin, den 18. Mai 1932

Produktiv-Genossenschaft für Tapetenverarbeitung e. G. m. b. H. in Liquidation.

Die Liquidatoren.
Thielemann. Lemke.

Am Mittwoch, dem 18. Mai 1932, abends 8 Uhr, entschlief nach langem, schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere treusorgende, aufopfernde Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und liebe Schwester

Mathilde Köpke
geb. Petermann

im 66. Lebensjahre. In tiefer Trauer

Wilhelm Köpke,
Friedel Kerber geb. Köpke,
Fritz Kerber, Annelore Kerber.

Neukölln, Lenaustr. 4a, 19. Mai 1932.

Die Einäscherung erfolgt am Montag, dem 23. Mai, 19½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße 221.

BADE-ARTIKEL

Badetrikots schwer gewirkt, mit apartem Schrägstreifen ....Stück 1,95
Badetrikots gestrickte Wolle, in Modefarben ....Stück 2,95
Badetrikots extra schwere Wolle, gestr., tiefer Rückenausschn., Stück 3,90
Badetrikots für Herren, Spezial-Sportform, gestrickte Wolle, St. 3,90
Badetrikots für Herren, mit vornehm getöntem Oberteil ....Stück 4,50
Badetrikots „Goldfisch", bekannt gute Qual., in mehreren Farben, St. 5,90

Badehauben gut sitzende Form ....Stück 0,25
Schwimmhelme schwerer Gummi ....Stück 0,95
Badegürtel weiss oder zweifarbig ....Stück 0,25
Badegürtel Gummi, mit Beinschnalle, mehrere Farben, Stück 0,50
Badeschuhe Segeltuch, mit schwer. Gummisohle, mehrere Farben, Gr. 35–42, Paar 0,95
Strandhüte Rips, breitrandige Form ....Stück 1,75

»Aloe«-Strandhüte Stück 0,50

Unsere Spezialqualitäten in wollenen Badetrikots zeichnen sich durch ihre Haltbarkeit und hervorragende Elastizität aus

FÜR DEN STRAND

Mengenabgabe vorbehalten
Verkauf soweit Vorrat

Strandhosen Panama, mod. weiter Schnitt mit Gürtel, Stück 2,95
Strandhosen Polostoff, neue Sattelform, seitlich zum Knöpfen, mit Tasche ....Stück 3,50
Strandblusen Polostoff, mit rundem Ausschnitt ... Stück 1,25
Strandanzüge Trägerform, mit bunter Bluse 5,90
Strandanzüge Panama, aparte Reversform, weite Hose 6,90

Weisse Segler-Spangenschuhe für Damen, mit Gummisohle und Absatz ....Paar 2,25
Damen-Strandsandaletten mit Gummisohle und Absatz, aus bunten Fantasiestoffen, Paar 3,45
Damen-Opanken der beliebte Sommerschuh, schwarz-weiss, braun-weiss ....Paar von 4,75

Neuheit! Der Strandanzug für den Herrn! Wir bringen diese Neuheit in mehreren kleidsamen Ausführungen ....Stück von 5,90

50 Jahre

HERMANN TIETZ

Verkäufe

Tapeten
Kaiser, Koloniestraße 9.

Kachelherde
jeder Art u. Größe. Riesenauswahl. Teilzahlung, transportable Kachelöfen, Badewannen-Öfen, Kesselöfen. Die alte Firma Gemmler u. Blenberg, Dresdenerstraße 99. Dönhoff F 7 6651.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Ärzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportpelze, Damenmäntel. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 36, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Möbel

Patentmatratzen
„Primissima" Metallbetten, Auflegematratzen. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Kein Laden.

Küchen
65.— bis 300.— Weißlackschränke 39.—, Metallbettstellen 19.—. Komerling, Kastanienallee 36 (Ecke Fehrbelliner Straße).

Gleiser, gute Möbel, Ziegenbergplatz.

Greifen Sie zu!
Mahagoni-Schlafzimmer, beste Tischlerarbeit, prima Zubehör, komplett 350 M. Moritz Hirschowitz, Südosten, Skalitzerstraße 25, Hochbahn Kottbusser Tor.

Gewerkschaftler
kaufen Möbel billig in der Möbelfabrik Elsässerstr. 56—58, vorn 1 Treppe, im Gewerkschaftshaus der Metallarbeiter. Teilzahlung bis zu 12 Monaten ohne Aufschlag.

Kaukasisch-Nußbaum
polierte Speisezimmer, englische Bauart, bis 2,60 Meter Büfett, im Modell zurückgesetzt, komplett Mark 480,—, 560,—, 650,—, enorm günstige Kaufgelegenheit. Moritz Hirschowitz, Südosten, Skalitzerstraße 25, Hochbahn Kottbusser Tor.

Speisezimmer
290,— bis 950,—. Ankleideschränke 85,—. Komerling, Kastanienallee 36 (Ecke Fehrbelliner Straße).

Radio

Radioanlagen,
alle Marken auf kleinste Monatsraten, unverbindliche Vorführungen. Spiloß, Dresdenerstraße 99, kein Laden. Teleph.: Dönhoff 0485.

Radio,
alle führenden Marken, ohne Anzahlung, ohne Aufschlag bis 18 Monatsraten. Herold, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 229.

Unterricht

Abitur,
Obersekunda, monatlich Mark 10,—. Postlagerkarte 48, Charlottenburg 4.

Aufbaukursus
für ehemalige Volksschüler monatlich 10,— Mark. Gabbes Lehranstalten, Berlin, Monbijouplatz 10.

Abiturium,
Einjähriges. Direktor Dr. Hackelmanns Anstalt. Hohenzollerndamm 198.

Kaufgesuche

Zahngebisse,
Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze, Goldschmelzerei, Christionat, Köpenickerstraße 29, Haltestelle Adalbertstraße.

Zahngebisse,
Edelmetallbruch, Quecksilber, Zinn, Blei, Silberschmelze, Christionat, Köpenickerstraße 29a (Manteuffelstraße.)